

FAU Münster (Hg.):

Globalisierung und Widerstand

Zuerst erschienen: September 2001

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	1
<i>Zum Geleit: Warum diese Broschüre?</i>	3
Teil 1: Globalisierung	4
<i>Was ist denn nun Globalisierung? - Der Versuch einer Begriffsbestimmung</i>	4
<i>Und was ist Neoliberalismus? - Noch so ein Versuch...</i>	7
<i>Die neoliberale Ideologie</i>	7
<i>Kurz zur Geschichte des Neoliberalismus...</i>	9
<i>Institutionen der Globalisierung</i>	10
<i>Die Bretton Woods-Konferenz</i>	10
<i>Der Internationale Währungsfond (IWF)</i>	11
<i>Die Weltbank</i>	12
<i>Das GATT-System</i>	14
<i>Die WTO</i>	15
Das neue GATT.....	16
GATS.....	16
TRIPs.....	17
<i>Die OECD</i>	17
<i>NAFTA</i>	18
<i>Das MAI</i>	20
<i>Kritik der Entwicklungspolitik</i>	20
<i>Industrielle Lobbygruppen</i>	21
<i>Die Rolle der Nationalstaaten</i>	22
Teil 2: Widerstand	25
<i>Das Fanal durch die EZLN (+) und das MAI (-)</i>	25
<i>Massenproteste: Von Seattle bis Genua</i>	27
<i>Harald Beyer-Arnesen: Direkte Aktion - Zum Verständnis eines Konzeptes</i>	29
<i>Sandra K.: Ganz in weiß – Tute Bianche: Die weißen Overalls</i>	35
<i>„Intellektueller“ Widerstand gegen die Globalisierung</i>	37
<i>Pierre Bourdieu und die Raisons d’agir</i>	38

<i>Eric Krebbers: ATTACs offene Flanke: Die VorkämpferInnen für die Tobin-Steuer – Gegner oder Stützen des Kapitalismus?</i>	40
<i>Anarchosyndikalismus international: Widerstand unsererseits</i>	44
<i>Eine Neue Soziale Bewegung?</i>	45
<i>Spaltungslinien</i>	47
<i>„And we thought Nation States were a good Idea“</i>	48
<i>Schlußbemerkung</i>	50
<i>Glossar</i>	52
<i>Literaturhinweise</i>	54

Zum Geleit: Warum diese Broschüre?

Von der Globalisierung zu sprechen ist in den Medien, in den Wissenschaften und in Wirtschaft und Politik schon seit einer ganzen Zeit „in“, und was das Thema interessant macht, ist, das wir manchmal den Eindruck gewinnen müssen, das niemand weiß, wovon er/sie da eigentlich gerade redet. Das gilt zu einem großen Teil auch für die KritikerInnen der Globalisierung, von denen es, wenn wir der Presse Glauben schenken wollen, ja eine ganze Menge gibt.

Neben der Frage, worum es sich bei der Globalisierung (und dem Neoliberalismus) überhaupt handelt, ist das ein zweiter interessanter Aspekt, den wir in dieser Broschüre behandeln wollen: Wer sind denn überhaupt diese GlobalisierungsgegnerInnen, von denen da immer geredet wird? Sind wir das? Ist das was Neues? Ist es „nur“ die gute, alte Kapitalismuskritik? Ist es eine revolutionäre Perspektive?

Die Arbeit an dieser Broschüre beginnt eine Woche nach dem G7/G8-Treffen in Genua. Bei den Protesten gegen diesen Gipfel kam ein Demonstrant, Carlo Giuliani, zu Tode, und zwar durch die Kugel eines Polizisten. Der Widerstand gegen die Globalisierung hat seinen ersten Märtyrer und die Presse diagnostiziert eine neue Bewegung.

Und so weiter. Nachdem wir uns in dieser Broschüre erst mal mit den Begriffen Globalisierung und Neoliberalismus auseinandersetzen, stellen wir erst einmal die Institutionen und Vertragswerke vor, gegen die sich der Widerstand häufig – oder zumindest am medienwirksamsten – richtet. Danach möchten wir die Facetten des Widerstands gegen die Globalisierung genauer betrachten. Dabei haben wir unsere Überlegungen ergänzt um einige Artikel, die wir aus der *Direkten Aktion* übernommen haben.

Die Globalisierung tangiert uns alle. Das sei hier erst einmal so oberflächlich dahingestellt, um noch einmal deutlich zu machen, warum wir als FAU Münster uns mit dem Thema befassen: Die einen beschäftigt das Thema an der Uni, die anderen waren bei diesen oder jenen globalen Protesten dabei. Teile dieser Broschüre sind überarbeitete Kapitel einer Magisterarbeit zu dem Thema.

Wir haben uns bemüht, diese Broschüre möglichst einfach und lesbar zu machen. Das heißt zum Beispiel, daß wir auf Belege weitgehend verzichtet haben. Wir nennen manchmal die Namen von TheoretikerInnen auf die wir uns beziehen, belegen jedoch nicht jeden einzelnen Fakt den wir nennen. Gerade in dem Teil über die Institutionen haben wir auch viele Lexika verwandt.

Angehängt haben wir eine (natürlich nicht vollständige) Literaturliste für alle diejenigen, die sich weiter mit dem Thema beschäftigen wollen.

Sozialistische Grüße

FAU Münster

Teil 1:**Globalisierung****Was ist denn nun Globalisierung? - Der Versuch einer Begriffsbestimmung**

„Jeder, der denkt, daß die Globalisierung unterbrochen werden könnte, sollte uns sagen, wie er den ökonomischen und technologischen Fortschritt einfrieren will. Das wäre, als versuche man, die Rotation der Erde zu stoppen.“

Renato Ruggiero, 1997

(damals WTO-Vorsitzender, jetzt, 2001, Außenminister Italiens)

Der Begriff der „Globalisierung“ ließe sich seit spätestens 500 Jahren anwenden, als eine globale Marktwirtschaft begann, – wenn auch vollkommen anders strukturiert als die uns heute bekannte – über das „zivilisierte“ Europa hinauszugehen. Wiewir zeigen wollen, hat das Phänomen „Globalisierung“ zwar aktuelle Prämissen, ohne das „Zeitalter der Entdeckungen“ und die folgende aggressive Kolonialisierungspolitik wäre sie jedoch nicht denkbar.

Seit etwa 200 Jahren, mit Beginn der Industrialisierung, läßt sich von Kapitalismus im engeren Sinne reden. Karl Marx‘ und Friedrich Engels‘ „Kritik der politischen Ökonomie“ lieferte die Analyse und die Kritik zu diesem damals neuen Phänomen.

Der Begriff des Kapitalismus wird heute oftmals als eine ökonomisch reduzierte Beschreibung der Gesellschaftsordnung verwendet. Dabei ist jedoch zu beachten, daß innerhalb des Kapitalismus verschiedenste Modelle zum Tragen kommen: Keynesianische (nach dem Wirtschaftstheoretiker Maynard Keynes) ‚soziale Marktwirtschaft‘ und Fordismus (staatliche Eingriffe in das Wirtschaftssystem, Sozialstaat, Sozialpartnerschaft...) stehen etwa dem Modell des Neoliberalismus und Toyotismus bzw. Postfordismus (Flexibilisierung, Prekarisierung, Privatisierung...) gegenüber. Auch der bis 1989 bestehende „real existierende Sozialismus“ der Staaten des Ostblocks läßt sich als „Staatskapitalismus“ unter der Beschreibung einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung subsumieren.

„Globalisierung“ heute verwendet, heißt zwar mehr, als nur die Ausdehnung einer freien Marktwirtschaft über den ganzen Planeten, der Begriff wird aber sowohl in öffentlichen Debatten als auch in den Wissenschaften meist auf eine ökonomische Komponente reduziert.

Ebenfalls reduziert, aber im Kern treffend, ließe sich der Begriff Globalisierung, wie er heute in der Debatte gebraucht wird, anhand folgender Ebenen, die, wie sich auch in der Aufzählung zeigt, stark ineinander verstrickt sind, identifizieren. Bis auf die Ebene der Ökologie geht diese Beschreibung auf Joachim Hirsch zurück.

1. Die Technik: Gerade in den letzten dreißig Jahren, als sich auch der Begriff der Globalisierung durchsetzte, hat die Technik enorme Fortschritt gemacht. Dies betrifft insbesondere die Weltwirtschaft, zum einen durch die Möglichkeit der Produktion und des

Handels neuartiger Produkte, insbesondere jedoch durch die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie, die vollkommen neue und schnellere Handelswege eröffnete, angefangen von der Telekommunikation bis zur Vernetzung in der Computertechnologie. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang die Entwicklung neuer Verkehrs- und Transporttechnologien und die Verbilligung von Transporten aufgrund neuer Technologien zu nennen.

In Folge dieser Entwicklung ist vermehrt von einem „globalen Dorf“ die Rede, denn zumindest in der Theorie haben alle Menschen die Möglichkeit, über weiteste Entfernungen miteinander zu kommunizieren. In der Praxis jedoch unterdrückt dieses System der Kommunikation diverse Gruppen von Menschen, etwa hauptsächlich außer- und teilweise auch innerhalb Europas eine verarmte Bevölkerung, die aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu der modernen Technologie hat, insbesondere innerhalb Europas zum Beispiel ältere Menschen, die nicht mehr die Möglichkeit haben, den Umgang mit diesen neuen Technologien zu erlernen.

Computertechnologie, Telekommunikation sowie Bio- und Gentechnik werden wirtschaftlich häufig als „neue Märkte“ („new economy“) klassifiziert. Im Zusammenhang mit der ökonomischen Ebene der Globalisierung, die als die entscheidende gelten kann, sind dies die Bereiche, in denen vermehrt investiert wird. Ein besonderer Augenmerk ist hier auf die Gentechnologie zu richten. Das Geschäft mit den Patenten auf einzelne Gensequenzen boomt und überstaatliche Organisationen wie IWF (Internationaler Währungsfonds), WTO und Weltbank forcieren diese Entwicklung.

2. Die (staatliche) Politik: Mit Ende des sogenannten „Kalten Krieges“ und damit des Ost-West-Konfliktes rückt der Nord-Süd-Konflikt wieder in den Vordergrund. Der Nord-Süd-Konflikt war vorher keineswegs weniger akut, wurde jedoch durch die, unter anderem mediale, Omnipräsenz des Ost-West-Konflikts überdeckt.

Die USA werden durch den Zusammenbruch des Ostblocks zur weltweit dominierenden Militärmacht.

Aufgrund der unter anderem durch Zusammenbruch des Ostblocks veränderten Wirtschaftssituation wandelt sich die Rolle des Nationalstaates auf vielfältige Weise, er wird jedoch keineswegs abgeschafft, wie sowohl rechte und konservative wie auch einige linke KritikerInnen behaupten. Wir werden darauf später zurückkommen.

Während es auf der einen Seite aus primär wirtschaftlichen Gründen zu größeren staatenähnlichen Einheiten kommt, wie etwa die EU eine darstellt, erhöht sich auf der anderen Seite die Zahl der Nationalstaaten durch vermehrt regionale Konflikte, wie jenem im ehemaligen Jugoslawien. Die vermehrte Anzahl der Nationalstaaten führt dazu, daß diese kleineren nationalen Einheiten sich zunehmend schlechter selbst versorgen können und damit um so abhängiger von einer globalen Wirtschaft werden. Militärisch dominieren diese regionalen, hauptsächlich innerstaatlichen Konflikte, wie z. B. der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und den Kurden oder der „Krieg niederer Intensität“ in Chiapas im Süden Mexikos.

Bezüglich der militärischen Konflikte nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts war in der Politikwissenschaft lange Zeit die Rede davon, daß Kriege nicht mehr führbar seien. Spätestens der Krieg um den Kosovo aber widerlegt diese These. Die „neue militärische Weltordnung“, die neben der „neuen ökonomischen Weltordnung“ steht und von Institutionen wie insbesondere der NATO getragen wird, sorgt dafür, daß Kriege weiterhin geführt werden. Die Form der Kriege hat sich hierbei ebenso wie auch die Argumentationen für Kriege geändert. Kriege werden als „humanitäre Interventionen“ bezeichnet.

Durch diese Entwicklungen kommt es zu einer stärkeren Regionalisierung, ein weiterer Effekt sowohl dieser Konflikte als auch der veränderten ökonomischen Situation ist eine verstärkte Migration.

In der internationalen Politik spielen neben Nationalstaaten auch IGOs (Internationale Regierungsorganisationen) und INGOs (Internationale Nichtregierungsorganisationen) eine stärkere Rolle. Gleiches gilt für multinationale Konzerne.

3. Die Kultur und die Ideologie: Spätestens seit 1989 gilt das Wertemuster der freien Marktwirtschaft universell, da die „einzige Alternative“, der „Sozialismus“ wie er real existierte, als gescheitert gelten kann. Ihren Teil dazu tragen die zunehmend monopolisierten Medien bei. Durch die oben genannten neuen Technologien besteht zwar die Möglichkeit, an unendlich viele unselektierte Informationen zu kommen, durch diese Monopolisierung werden jedoch bestimmte Informationen gezielt gepusht, während andere unterdrückt werden. Ökonomische Globalisierung wird hier medial gefördert, da sie einen erwünschten Prozeß darstellt, hinter dem eine Ideologie steht. Diese Ideologie kann als „Globalismus“ bezeichnet werden, auch die Ideologie des Neoliberalismus, wie sie im Folgenden noch erläutert werden wird, kann hier genannt werden.

Kulturell gibt es einen Prozeß der Individualisierung („Ellenbogengesellschaft“): Anstelle großer Ideologien tritt nunmehr das Interesse des/der Einzelnen in den Mittelpunkt. Individuelle (materielle) Wünsche sollen durch die freie Marktwirtschaft in Erfüllung gehen. Der „kleine Mann“ soll selbständig unternehmerisch tätig werden. Die große Stärke der globalisierten Marktwirtschaft liegt in ihrer scheinbaren Toleranz des Anderen, die in Wahrheit Assimilierung ist. Die scheinbare kulturelle Vielfalt entpuppt sich bei näherem Hinsehen als möglichst bunte Beliebigkeit der Äußerlichkeiten. Da der ideologische Hintergrund für die absurdesten Möglichkeiten durchgängig der der Freien Marktwirtschaft ist, handelt es sich letztendlich um Gleichmacherei: So kann der Container des TV-„Big Brother“ neben kritischen Texten einer engagierten Band wie Chumbawamba oder Rage Against the Machine stehen, ohne daß es stört. Die neue Ideologie heißt Verwertbarkeit.

4. Die Ökonomie: Während die soziale Komponente der Nationalstaaten – von Staat zu Staat in unterschiedlicher Ausprägung – zunehmend einer Politik der Deregulierung – also der Streichung des Sozialen - zum Opfer fällt, werden die Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalmärkte zusehends liberalisiert. Die Vormachtstellung nehmen dabei immer mehr multinationale Konzerne ein, die Produktion wird entsprechend internationalisiert.

Dominant ist auf der ökonomischen Ebene der Börsen- und Geldmarkt. Spekulationen gewinnen an globaler wirtschaftlicher Bedeutung. 1971 dienten ca. 90% aller Devisentransaktionen der Finanzierung des Außenhandels und langfristigen Investitionen, die restlichen 10% besaßen spekulativen Charakter. 1990 hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt, 1995 waren 95% der Transaktionen spekulativ.

Der freie Markt wird weltumspannend, das Kapital ist weitgehend grenzenlos. Wesentlich erkennbar ist dies u.a. an der Zunahme der Freihandelszonen, wie etwa der NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone). Auch die EU kann im wirtschaftlichen Sinne als Freihandelszone gelten. Ebenso ließen sich die Verhandlungen zum MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) als Initiative für eine weltumspannende Freihandelszone auslegen.

In der Realität zeigt sich jedoch, daß der weltumspannende freie Markt nur in der Theorie alle Nationalstaaten umfaßt: Insbesondere der afrikanische Kontinent und große Teile Asiens

kommen in der Weltwirtschaft kaum vor. Die Investitionsströme laufen zu einem Großteil zwischen den Triade-Mächten USA, Europa und Japan ab.

5. Die Ökologie: Zunehmend werden auch ökologische Probleme als global erkannt. Auch vor der inflationären Verwendung des Begriffes „Globalisierung“ war dieses Problem zwar akut, verstärkte angebliche wirtschaftliche Sachzwänge haben jedoch ganz explizit negative Auswirkungen auf Umweltkatastrophen, wie z. B. der Zerstörung des Regenwaldes. Daß diese ökologischen Katastrophen nicht nur von regionaler Bedeutung sind, sondern sich auf das gesamte Ökosystem der Erde auswirken, ist mittlerweile allgemein bekannt und anerkannt.

Neben der Erkenntnis der Problematik und des Handlungsbedarfes steht jedoch auch ein neuer Umgang mit der Umweltproblematik. Aus dem einstmaligen unangenehmen Thema ist eine Marktlücke geworden, Umweltschutz wurde zum Wirtschaftsfaktor.

Scharf trennbar sind diese Komponenten nicht: Der globale Finanzmarkt wäre in seiner heutigen Geschwindigkeit ohne die fortgeschrittene Kommunikationstechnologie nicht denkbar, die politische Komponente ist in vielerlei Hinsicht Folge, teilweise jedoch auch Voraussetzung der ökonomischen, die Zerstörung der Umwelt hat hauptsächlich wirtschaftliche Gründe, um nur einige Beispiele zu nennen.

Als ein Aspekt der Globalisierung muß jedoch auch der Begriff der „Fragmentierung“ genannt werden, unter der sich einige der oben genannten Merkmale subsumieren lassen. Hierzu gehören regionale kriegerische Konflikte, „ethnische“ Auseinandersetzungen, der Konflikt, der aus einer zunehmenden Migration entsteht sowie zunehmender Rassismus und Rechtsradikalismus auch in den sogenannten „demokratischen“ Staaten Europas und Nordamerikas.

Wir halten es für sinnvoll, Globalisierung primär als eine gewollte politische und ökonomische Entwicklung mit einer zugehörigen Ideologie zu begreifen, die insbesondere durch eine Transformation des Staates und des Marktes sowie daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen geprägt ist. Wir reden daher vom globalisierten Kapitalismus.

Und was ist Neoliberalismus? - Noch so ein Versuch...

„Jemand sagte: ‚Gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein.‘ – Nun dann! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft.“

Subcomandante Marcos, 1998

Die neoliberale Ideologie

Der primäre Unterschied zwischen klassischem „Liberalismus“ und dem „Neoliberalismus“ besteht darin, daß die vielbeschworene Freiheit im Neoliberalismus primär die Freiheit des Handels – also kurz den Freihandel – meint. Frei soll dieser insbesondere von Eingriffen des Staates sein. Der Neoliberalismus steht damit im Gegensatz zum keynesianischen Modell der staatlichen Regulierung und der sozialen Marktwirtschaft. Kern der neoliberalen Ideologie ist die These, daß der Markt sich von selber reguliere und daher keine Eingriffe von Seiten der Politik nötig seien. Im Gegenteil könnten sich staatliche Eingriffe als Gefahr herausstellen. In bezug auf

den Staat sind die wesentlichen Forderungen neoliberaler Prägung daher Deregulierung bezüglich insbesondere des Sozialstaates, Privatisierung staatseigener Betriebe etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung, sowie eine Haushaltskonsolidierung. Ziel ist der sogenannte „schlanke Staat“. Der Staat wird als wirtschaftlich inkompetent und verschwenderisch angesehen, während der Markt als Erkenntnisinstanz und Leistungsstimulator fungiert.

In bezug auf die freiheitlichen Werte des klassischen Liberalismus kann der Neoliberalismus sogar als anti-liberal betrachtet werden: „Das Bild der kommenden Freien Marktwirtschaft ist genau jene absolute, niemandem verantwortliche Machtzusammenballung nebst vom Volk nicht kontrollierter Steuererhebung, gegen die die Vordenker der Freiheit im 18. Jahrhundert so entschieden ihre Stimme erhoben.“ schreibt Noam Chomsky dazu. Demokratische Entscheidungsfindung als ein Prozeß, an dem alle teilhaben, ist demnach nicht vorgesehen. In bezug auf soziale Deregulierung im Rahmen des neoliberalen Projektes bedeutet dies auch eine demokratische Deregulierung, die Mitbestimmung im Staat wie auch in Betrieben systematisch vernachlässigt – zweite nur teilweise, denn eine angebliche „Mitbestimmung“, etwa durch die Gruppenarbeit ist neoliberales Druckmittel für radikalisierte Lohnausbeutung. Selbstverwaltete und kollektive Strukturen stellen einen Kontrapunkt zum Neoliberalismus dar. Die „vitale Verbindung zwischen der Freiheit der Menschen und der Freiheit des Handels“, die George W. Bush im Zusammenhang mit der geplanten amerikanischen Freihandelszone FTAA diagnostizierte, ist ein Mythos. Der neoliberalen Ideologie zählt – und hier harmonisiert sie mit der klassischen liberalen Ideologie – das Individuum, während alles Kollektive als schädigend betrachtet wird.

Ebenso wie der Begriff „Globalisierung“ wird häufig auch der Begriff des „Neoliberalismus“ ungefüllt in Diskussionen oder als linker Kampfbegriff verwendet. „Neoliberalismus“ bezeichnet dann zumeist nichts weiter als „Kapitalismus in einer neuen Qualität“.

Ganz falsch ist diese Definition nicht. Die Gesetze des Marktes erhalten in der Ideologie des Neoliberalismus nahezu den Status eines Naturgesetzes, das sich dem Eingriff des Menschen entzieht. Soziale und ökonomische Krisen würden eben dadurch hervorgerufen, daß sich Staaten, die keinen marktwirtschaftlichen Gesetzen unterliegen würden, in die freie Marktwirtschaft einmischten.

Im Zusammenhang mit dem Begriff des Neoliberalismus ist häufig vom „Primat der Ökonomie über die Politik“ die Rede. Zumindest in diesem Punkt kann dem Neoliberalismus Konsequenz zugesprochen werden. Im eigentlichen Kern der Theorie dagegen sind die Vertreter eines angeblichen Neoliberalismus nicht konsequent: Während den sogenannten unter- oder weniger entwickelten Staaten ein extremer Freihandel aufgezwungen wird, werden die einheimischen Märkte der sogenannten „Ersten Welt“ nach wie vor protektioniert. Die vollkommene Abschaffung des Staates, wie sie oftmals von rechten Kritikern diagnostiziert oder befürchtet wird, liegt allerdings nicht im Interesse des Neoliberalismus und ist auch nicht Bestandteil seiner Theorie.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, warum vom Neoliberalismus durchaus als von einer Utopie gesprochen werden kann, die von einem real existierenden – teilweise protektionistischen - Neoliberalismus differenziert werden muß. Noam Chomsky erklärt diese Zweigleisigkeit damit, daß „den Armen“ die Utopie des Neoliberalismus als Sachzwang erklärt wird und damit soziale Deregulierung durchgesetzt wird. Für „die Reichen“ jedoch würde der Neoliberalismus inkonsequent oder in einer anderen Ausprägung realisiert.

Auch die Einrichtung internationaler Institutionen, die in vielerlei Hinsicht staatenähnlichen Charakter haben, wie Weltbank, IWF oder WTO, laufen der Ideologie des Neoliberalismus eigentlich entgegen, obwohl sie jene sind, die die Realität an die Ideologie angleichen. Die marktordnende Funktion solcher Institutionen läßt diese in den Bereich des weniger radikalen

Ordoliberalismus rücken. Dennoch, da ihre Aufgabe darin besteht, neoliberale Marktmechanismen zu etablieren, reden wir auch diesbezüglich von Neoliberalismus.

Mit der Betonung der sich selbst regulierenden Marktmechanismen und der Abwertung der Politik im ökonomischen Bereich geht die Ideologie eines bestimmten Menschenbildes einher: Das Individuum, das für sich selber verantwortlich ist, hat flexibel und leistungsfähig zu sein. Durch den Abbau des Sozialstaates wird diese Eigenverantwortlichkeit betont, deutlich etwa bei der Diskussion um private Renten- und Krankenversicherungen. Dieses Menschenbild fördert Ressentiments gegenüber Arbeitslosen, Obdachlosen, Flüchtlingen und anderen unterdrückten Gruppen. Da jeder sich selbst verantwortlich ist, sind diese Gruppen selber an ihrer Marginalisierung schuld. Ein Bilderbuchbeispiel ist das Zitat des Sozialdemokraten, es gäbe kein Recht auf Faulheit. Aber die sozialen Bewegungen haben sich auch schon andere Rechte erkämpft...

Kurz zur Geschichte des Neoliberalismus...

Im Folgenden stellen wir uns die Frage, wie der Neoliberalismus die gesellschaftliche Relevanz erlangen konnte, die er heute hat.

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts war die Idee des Liberalismus in der Krise. Die faschistischen und nationalsozialistischen Staaten wie Deutschland, Spanien oder Italien, der aufkommende „staatssozialistische“ Machtblock und eine regulierende keynesianische Markteinschränkung schienen die liberale Ideologie in das Vergessen zu drängen.

In dieser Situation bildeten sich Think-Tanks wie etwa in der sogenannten „Chicagoer Schule“ um Friedman oder dem deutschen Pendant der „Freiburger Schule“, die der Wirtschaft nahestanden, von dieser finanziert wurden und wie sie zur Unterstützung der Wirtschaft auch heute noch bestehen. Daneben fanden Tagungen statt, es wurden Institute gegründet und es wurde publiziert. Die Publikationen wandten sich vorerst jedoch nur an ein Fachpublikum. Ebenfalls wegweisend waren persönliche Netzwerke, von denen das einflußreichste die 1947 gegründete Mont Pèlerin Society ist, die, nach der Brockhaus-Enzyklopädie, durch ihre ca. 500 Mitglieder die wissenschaftliche und politische Diskussion („Politikberatung“) beeinflusst.

Mit einer über den klassischen Liberalismus hinausgehenden Idee der marktwirtschaftlichen Freiheit wurde hier der Neoliberalismus formuliert und vorerst in die Diskussionen der Intellektuellen getragen. Ein direkter Eingriff in die Tagespolitik, der Neoliberalismus als politische Forderung, war lange nicht vorgesehen, da dies gegen den vorgeblich wissenschaftlichen Charakter einer neoliberalen Theorie und damit gegen die Seriösität seiner Apologeten hätte sprechen können.

Erst in der Wirtschaftskrise der 70er Jahre, als das keynesianische Wirtschaftsmodell für gescheitert erklärt wurde, wurden neoliberale Konzepte als politische Alternativen diskutiert. Die gleichzeitige finanzpolitische Inflation und wirtschaftliche Stagnation ließ das keynesianische Modell zweifelhaft erscheinen. Neben einer „Radikalisierung“ des keynesianischen Gedankens zur Lösung dieser Krise stand der Neoliberalismus als einziges Lösungsmodell zur Verfügung.

In die Tat umgesetzt wurden neoliberale Ideen dann erstmals offensiv in den Industriestaaten durch Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Als erstes liberales Experiment in der Politik kann jedoch wohl die Einflußnahme der Chicagoer Schule auf die chilenische Wirtschaftspolitik unter Pinochét gelten.

Als verbindend für die neoliberale Schule und ihr theoretischer Vater kann der Ökonom Friedrich von Hayek gelten: Er lehrte sowohl in Chicago als auch in Freiburg, war Mitbegründer

der Mont Pèlerin Society und erhielt 1974 den Nobelpreis für Ökonomie. Seine Bücher „Der Weg zur Knechtschaft“ und „Die Verfassung der Freiheit“ können als Grundlage der neoliberalen Ideologie gelten.

Wenn der Neoliberalismus auch unter konservativen Regierungen zu einer führenden Ideologie wurde, neben Ronald Reagan und Margret Thatcher ist hier auch die CDU/FDP-Regierung in der Bundesrepublik Deutschland zu nennen, so ist doch ebenfalls unter sozialdemokratischen Regierungen, etwa in der Bundesrepublik Deutschland oder ausgeprägter in Großbritannien unter Tony Blair ein eindeutiger Schwenk zur neoliberalen Ideologie zu erkennen.

Die Übereinstimmung der nach außen gegnerisch erscheinenden politischen Richtungen des parlamentarischen Spektrums in Wirtschaftsfragen ist ein Indiz für den Absolutheitsanspruch des Neoliberalismus: Die sozialdemokratischen Regierungen unter Tony Blair und Gerhard Schröder unterscheiden sich in ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur unwesentlich von den äußerst rechts stehenden Regierungen Österreichs und Italiens. Selbiges gilt beispielsweise für die Politik der langjährigen mexikanischen Regierungspartei PRI seit Ende der 80er Jahre und der jetzigen Regierungspartei PAN unter Vicente Fox. Angebliche wirtschaftliche Sachzwänge verändern die Politik auch dahingehend, daß sich die politischen Äußerungen der verschiedenen Lager vermehrt ähneln. So ist etwa auch in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, die von konservativer wie sozialdemokratischer Seite rassistisch ist, eine Deregulierung zu erkennen.

Mythos und Macht der Globalisierung bestimmen auch die Politik sozialdemokratischer Regierungen. Nicht abzustreiten ist, daß der Neoliberalismus dadurch einem Wandel ausgesetzt ist. Daß neoliberale Politik unter konservativer Ägide sich anders gestaltet als unter sozialdemokratischer, verwundert nicht. Aber festzuhalten bleibt, daß diese Unterschiede im Bereich der Wirtschaftspolitik wie auch in anderen Bereichen marginal sind.

Institutionen der Globalisierung

Die Bretton Woods-Konferenz

Die Konferenz von 47 Industrienationen in Bretton Woods/USA stellte 1944 das erste und wichtigste staatliche Treffen für die Neuregelung einer Weltwirtschaft der Nachkriegszeit dar. Das Zustandekommen dieses Treffens ist vor allem auf die Initiative der USA und Großbritanniens zurückzuführen. Die Position der USA war hier die dominante, was aus der Situation Ende des Zweiten Weltkriegs zu erklären ist: Durch den Krieg hatten die europäischen Staaten mehr oder weniger große Einbußen zu verzeichnen, während die USA wirtschaftlich prosperierend aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging. Die ökonomischen Kräfte innerhalb der USA sahen im Wiederaufbau des zerstörten Europas eine Investitionsmöglichkeit und hatten ein entsprechendes Interesse daran, die europäischen Konzerne zu zukünftigen Handelspartnern zu machen.

Auf diesem Treffen entstanden IWF und Weltbank, die sogenannten „Bretton Woods-Zwillinge“. Als dritte Institution war eigentlich noch eine Internationale Handelsorganisation (ITO) geplant, die sich sowohl für den Handelsbereich als auch z.B. für Arbeitsrechte und soziale Standards verantwortlich zeigen sollte. Die ITO scheiterte an den Ratifikationen der nationalen Parlamente, denn obwohl die USA ein Hauptantreiber für die ITO war, kam der Ratifizierungsantrag nicht durch den USA-Kongreß, u.a. da den nordamerikanischen Parlamentariern die Kompetenz der ITO zu weit ging und die nationale Souveränität als gefährdet angesehen wurde.

1947 kam es zu einem weiteren Treffen in Genf, auf dem 23 Staaten das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT unterzeichneten, welches ein Konglomerat aus Einzelabkommen über Zollsenkungen für verschiedene – meist industrielle – Güter bestand, die 1948 in Kraft traten. Zölle wurden und werden als wesentliches Hindernis für die Liberalisierung des internationalen Handels angesehen.

Der Internationale Währungsfond (IWF)

Der IWF stellt die weltweite Kontrollinstanz für die Garantie des internationalen Währungsgleichgewichts dar. Er kontrolliert die Aufrechterhaltung geordneter Währungsbeziehungen unter den Mitgliedsländern und will die internationale währungspolitische Zusammenarbeit fördern. Um dies zu gewährleisten, soll die Überbewertung von einzelnen Währungen vermieden und auf die Stabilität von Währungen geachtet werden. Dies geschieht durch die Gewährung kurzfristiger Kredite von fünf bis zehn Jahren, die ihrerseits an wirtschaftspolitische Stabilisierungsprogramme gebunden sind, welche die Zahlungsbilanzdefizite beheben sollen. Es handelt sich um die Strukturanpassungsprogramme (SAP).

Bei Kreditwunsch stellt der IWF ein SAP für das jeweilige Land zusammen. Genannt werden diese Programme länderspezifisch, sie enthalten jedoch immer das gleiche Grundmuster. Dieses Grundmuster der SAP stellt sich folgendermaßen dar:

1. Kürzung der Staatsausgaben, meist das Gesundheits- und Bildungswesen, die Subventionen auf Nahrungsmittel und allgemein die öffentlichen und sozialen Leistungen betreffend,
2. weitreichende Privatisierung,
3. Inflationsbekämpfung, zum Beispiel durch Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate, die eine Senkung der Reallöhne bedeuten,
4. die Öffnung des nationalen Marktes für Güter, Finanztransaktionen und Investitionen, also einem Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen,
5. einer Umorientierung der nationalen Wirtschaft auf den Export und
6. die Abwertung der Inlandswährung, die die Exporte eigener Produkte auf dem Weltmarkt verbilligt und die Importe auf dem inländischen Markt verteuert. So soll der Export gesteigert und der Import gedrosselt werden.

1945 nahm der IWF seine Arbeit auf, die Zentrale befindet sich in Washington D.C. Der Vorsitzende ist immer ein Europäer, daher ist im Tausch der Vorsitzende der Weltbank immer ein Amerikaner. Der IWF ist eine Sonderorganisation des UN-Systems, hat der UNO jedoch grundsätzlich keine Rechenschaft abzulegen und verfährt nach einem anderen Stimmrecht: Während in der UN generell „one country – one vote“ gilt, bemißt sich die Gewichtung der Länderstimmen beim IWF nach der Höhe der Quoteneinzahlung des Mitgliedsstaats. Diese Quoteneinzahlungen, die sich nach der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Staates bemessen, sind die finanziellen Mittel des IWF. Im Jahr 2000 verfügte der IWF über mehr als 200 Milliarden Dollar, von denen 17% die USA, 6,3% Japan, 6,1% die Bundesrepublik Deutschland und je 5,1% England und Frankreich beisteuern. Diese fünf Staaten besitzen damit knapp 40% des Stimmengewichts im IWF. Im Jahre 2000 zählte der IWF über 180 Mitglieder. Mitglied kann jedes Land werden, das die Pflichten der Konsultation und Kooperation erfüllt.

Die Einzahlungsquoten werden in Sonderziehungsrechten (SZR) ausgedrückt. Der SZR-Fond ist mit den fünf Hauptwährungen gefüllt, die den Währungen der fünf beitragsstärksten Staaten entsprechen: Dollar, Pfund, Yen, Franc und DM. Jeder Staat hat 25% der Quote in diesen Währungen einzuzahlen, die restlichen 75% in eigener Währung. Dadurch entsteht der IWF-Korb, aus dem jeder Staat wie ein Anteilseigner Ziehungsrechte geltend machen kann. Nach der jeweiligen Einzahlungsquote bemißt sich auch die Kredithöhe, die ein Land bei Finanzschwierigkeiten in Anspruch nehmen darf. Kredite werden in sog. Tranchen, d.h. stufenweise, vergeben. Mit jeder Stufe erhöhen sich die SAP-Forderungen. Jederzeit und problemlos kann ein Land 25% seiner Quote als Kredit erhalten, dies entspricht seinem in den Fond eingezahlten Anteil. Weitere 25% sind mit Auflagen wie einer maximal fünfjährigen Rückzahlungsfrist und relativ hohen Zinsen verbunden, bei noch höheren Krediten wird ein SAP verfaßt. Für ernstere Fälle von Zahlungsschwierigkeiten oder der Verschuldung eines Staates gibt es erleichterte Kreditvergabeverfahren, genannt Struktur Anpassungsfazität, mit über 100% der jeweiligen Quotenzahlung als möglicher Kredithöhe, fünf Jahren tilgungsfreier Zeit, einer Rückzahlungsfrist bis zu zehn Jahren und sehr niedrigem Zinssatz. Für das Schuldnerland bedeutet dies aber noch strikere SAP-Auflagen.

IWF-Programme sind von ihren Auswirkungen für die jeweiligen Schuldnerländer kaum zu überschätzen, denn neben den grundlegenden Änderungen in der Wirtschaft, insbesondere durch die Exportorientierung, kommt es zu harten Einschnitten für die unteren Bevölkerungsschichten: Im Gesundheits- und Bildungsbereich werden viele Leistungen gestrichen, durch die teureren importierten Waren, die wegfallenden Nahrungsmittelsubventionen und die geringeren Reallöhne steigen die Lebenshaltungskosten und die Wirtschaft muß aufgrund der Exportorientierung die regionalen Grundbedürfnisse vernachlässigen. Durch diese Einschnitte werden politische Strukturen gefährdet. Viele demokratisch gewählte Regierungen verlieren das Vertrauen der Bevölkerung, SAPs können häufig nur durch Polizeigewalt und undemokratische Maßnahmen durchgesetzt werden. Daher haben SAPs oft nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Konsequenzen. Welche Maßnahmen im Rahmen eines SAP getroffen werden, bestimmen die stimmungswichtigen Staaten innerhalb des IWF, während der Einfluß der betroffenen Staaten marginal ist. Verbesserungsvorschläge seitens der Mitgliedsstaaten aus der sog. „Dritten Welt“, betreffend Transparenz und Mitbestimmung innerhalb des IWF, sind aufgrund der Dominanz der hochindustrialisierten Staaten ignoriert worden. Es bleibt festzustellen, daß der IWF eine undemokratisch organisierte, westlich dominierte, einflußreiche und unkontrollierbare Institution ist.

Die Weltbank

In Abgrenzung zum IWF, der durch die Vergabe kurzfristiger Kredite Zahlungsbilanzschwierigkeiten verhindern soll, ist es die Hauptaufgabe der Weltbank, das Wirtschaftswachstum und die ökonomische Entwicklung zu fördern. Dafür werden langfristige Kredite von 15 bis 20 Jahren vergeben, die mit einem im Vergleich zu marktüblichen Raten geringen Zinssatz und langen tilgungsfreien Zeiten ausgestattet sind. Diese Kredite sind meist projektgebunden und werden sowohl an Regierungen wie auch, anders als beim IWF, an den Privatsektor vergeben. Die punktuelle Förderung sogenannten „ökonomischen Potentials“ durch konkrete Projekte wurde 1980 um die Einführung von Struktur Anpassungskrediten erweitert, die Strukturänderungen ganzer Sektoren wie z.B. dem Außenhandel, der Steuerpolitik oder dem öffentlichen Sektor vorsahen. Mit diesen Struktur Anpassungskrediten näherte sich die Weltbank der Konzeption des IWF an.

Die Weltbank besteht aus fünf Institutionen, die nacheinander gegründet wurden. Die älteste, in Bretton Woods gegründete Institution ist die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der 1960 die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zur Seite gestellt wurde. Die IBRD förderte in den 50er und 60er Jahren den Wiederaufbau der europäischen Ökonomien, verlagerte seine Aktivitäten dann vermehrt in südliche Regionen und hat seit dem Fall der Ostblocks in Osteuropa einen neuen geographischen Aufgabenbereich. Die IDA vergibt Kredite unter besonders günstigen Bedingungen an die „am wenigsten entwickelten“ Staaten. Die Laufzeiten dieser Kredite betragen 30 bis 40 Jahre, davon 10 Jahre tilgungsfrei, die Zinsen, als Bearbeitungsgebühr, liegen bei lediglich 0,75%.

Neben IBRD und IDA besteht die Weltbankgruppe aus der Internationalen Finanz-Kooperation (IFC) für die Wachstumsförderung des Privatsektors, die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) für die Absicherung privater Direktinvestitionen in weniger entwickelte Länder und dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) zwischen Auslandsinvestoren und Regierungen.

Die IBRD ist die größte und finanzstärkste Organisation innerhalb der Weltbank. Durch Mittelaufnahme an Kapitalmärkten und Devisenrückzahlungen von Schuldnerländern erwirtschaftet die IBRD den größten Teil seiner finanziellen Mittel selber, nur ein geringer Teil stammt aus Mitgliedszahlungen der Staaten. Die IDA dagegen finanziert sich allein aus diesen Mitgliedszahlungen. Wie im IWF bemißt sich auch bei der Weltbank das Stimmrecht der Mitgliedsstaaten nach den Einzahlungsquoten.

Die Weltbank ist nicht nur eine Kreditinstitution, sondern auch Meinungsmacher und Vordenker einer westlich-industrialisiert orientierten Entwicklungspolitik. Studien zu Entwicklungsaspekten, Statistiken und Analysen der Wirtschaftsentwicklung gehören zu ihrem Repertoire, alljährlich erscheint der Weltentwicklungsbericht der Weltbank. Die Grundtendenz des Bildes von Entwicklungspolitik der Weltbank läßt sich zusammenfassen in den Schlagwörtern Wachstumspolitik und Industrialisierung, Ankurbelung des Außenhandels und von internationalen Finanzströmen sowie schneller Übergang zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen.

Für die Entwicklungsländer stellen IBRD und IDA die wichtigsten multilateralen Kreditquellen dar. Die Projekte, die die Weltbank finanziert, sind jedoch alles andere als frei von Eigennutz. Sowohl in der Entscheidung, welche Projekte gefördert werden, als auch durch Strukturanpassungskredite gibt die Weltbank vor, auf welche Art und Weise sich unterentwickelte Staaten an die Weltwirtschaft anpassen sollen. Verbunden damit sind lukrative Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen der Industrienationen. Vor allem mit der Förderung prestigeträchtiger Großprojekte meist ohne Sensibilität für soziale oder ökologische Folgen, wie zum Beispiel durch Umsiedlungsprojekte oder großflächige Abholzungen, hat sich die Weltbank einen Namen gemacht. Ziel ist ein Ausbau von Infrastruktur, Energieversorgung und Kommunikation als Voraussetzung für Industrialisierung und Wirtschaftswachstum.

Desweiteren ist die Weltbank ein wichtiger Befürworter der sogenannten „Green Revolution“, bestehend aus der Technisierung der Landwirtschaft, dem Entstehen von Großfarmen auf Kosten der Kleinbauern und insbesondere dem massiven Einsatz biotechnologisch und genetisch veränderten Saatguts und der daran gekoppelten Verwendung von Herbiziden und Pestiziden. Den Selbstanspruch, die Armut in den Mitgliedsländern zu lindern, versucht die Weltbank dadurch zu erfüllen, daß sie einen generellen Industrialisierungsschub forciert, der positive Auswirkungen auf die ärmere Bevölkerung haben soll, in der Realität jedoch oft das Gegenteil bewirkt.

Das GATT-System

Das GATT-Handelssystem war keine Institution, sondern ein Konglomerat aus Übereinkommen zwischen Staaten, deren Umsetzung ein provisorisches Sekretariat in Genf überwachte. Das GATT-System stand für eine Liberalisierung des internationalen Handels und den Abbau von Handelshemmnissen, allen voran den Zöllen. In jeweils mehrjährigen GATT-Verhandlungsrunden wurden Übereinkommen zu einzelnen Gütern, später auch zu Gütergruppen getroffen, die von einer wechselnden Anzahl von Staaten unterzeichnet wurden. In den 70er Jahren wurde in GATT-Runden erstmals auch über nicht zollbedingte Handelshemmnisse wie z.B. Subventionen diskutiert. Das GATT-Vertragssystem kann als wesentlicher Antriebsmotor für den Prozeß zu einem Freihandel gesehen werden.

Am GATT-System ist zu beachten, daß der Beitritt zu den einzelnen Abkommen auf Freiwilligkeit beruhte und für jedes Abkommen einzeln entschieden werden konnte, Agrar- und Textilprodukte ausgenommen waren und daß es sich hauptsächlich auf Industriegüter, also Produkte und keine Rohstoffe, beschränkte. Handelspartner sollten zwar gleich behandelt werden, die bevorzugte Behandlung durch Zollunionen oder Präferenzzölle war jedoch möglich. Ein Schiedsgericht regelte zwischenstaatliche Streitigkeiten, soweit dies von beiden Streitparteien gewünscht war. Das Urteil galt nur, wenn es von beiden Streitparteien akzeptiert wurde.

1986 begann in Uruguay die achte GATT-Verhandlungsrunde, die sogenannte Uruguay-Runde, die in mehreren Folgetreffen weitergeführt wurde und 1993 zum Abschluß kam. Die Uruguay-Runde war in vielfacher Hinsicht die umfassendste GATT-Runde und die folgenreichste für den Welthandel. 116 Staaten nahmen teil, damit auch eine beträchtliche Anzahl an sogenannten Entwicklungsländern. Durch die immense Zunahme der weltweiten Handelsströme wuchs sowohl das Interesse als auch die Abhängigkeit südlicher Länder an der Beteiligung im GATT-System. Nach der Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre wurden immer mehr dieser Staaten vom Export abhängig, zusätzlich durch Strukturanpassungsprogramme und -kredite von Weltbank und IWF zu einer solchen Wirtschaftspolitik gedrängt. Gleichzeitig wurde im wachsenden Weltmarkt eine Chance für eine schnelle Industrialisierung gesehen.

Erstmalig wurden in der Uruguay-Runde Zollreduktionen für den Agrar- und Textilsektor diskutiert. Gerade die sogenannten Entwicklungsländer versprachen sich hiervon einen erleichterten Zugang auf die staatlich protektionierten Märkte des Nordens.

Neben dem Handel von Gütern sollten Abkommen zur Liberalisierung von Investitionen und Dienstleistungen hinzukommen. Ein weiteres Thema, das hier zum ersten mal behandelt wurde, war der Handel und der Schutz von geistigem Eigentum.

Das GATT, bisher ein Konglomerat aus freiwillig und einzeln unterzeichneten Verträgen, sollte übergehen in eine feste Organisation. Der Beitritt zu dieser Organisation sollte dazu verpflichten, alle auf dieser Ebene ausgehandelten Abkommen zu akzeptieren. Das vergleichsweise schwache GATT-Schiedsverfahren sollte von einem mächtigen Schiedsgericht abgelöst werden, dessen Urteile verbindend sein sollten und welches Sanktionen verhängen können sollte.

Die Uruguay-Runde endete mit der Unterzeichnung des Marrakesh-Abkommens 1994, in dem die Gründung der WTO beschlossen wurde. Die WTO nahm am 01.01.1995 mit Sitz in Genf, einem ständigen Sekretariat und permanent tagenden Räten und Ausschüssen ihre Arbeit auf.

Die WTO

Die Hauptaufgaben der WTO bestehen in der Überwachung eines Regelwerks für die beteiligten Staaten, das den Welthandel weitgehend liberalisiert, in der Funktion, ein Forum für weitere multilaterale Verhandlungen mit dem selben Ziel zu sein und Handelsstreitigkeiten zwischen Staaten durch ein Streitschlichtungsverfahren zu lösen, wie in der Uruguay-Runde diskutiert wurde.

Das dabei maßgebliche Prinzip der Deregulierung soll, nach der Theorie der komparativen Kostenvorteile, allen Staaten zu Gute kommen und die Entwicklung der ökonomisch ärmeren Staaten fördern.

Die beiden grundlegenden Prinzipien der WTO sind das des „national treatment“ und das der „most-favoured-nation“. Das Prinzip des national treatment verlangt die Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Produkte auf dem heimischen Markt. Das heißt, daß einerseits Vorzüge für inländische Produkte auch für jene aus dem Ausland gelten müssen, andererseits müssen Regulierungsbestimmungen für ausländische Produkte auch den inländischen übertragen werden. Das Prinzip der most-favoured-nation ist die sogenannte Meistbegünstigungsklausel, die die Gleichbehandlung aller ausländischen Güter verlangt. Günstigere Bedingungen für ein importiertes Produkt aus einem bestimmten Staat müssen in derselben Weise für dasselbe Produkt aus einem anderen WTO-Staat gelten. Diese beiden Prinzipien sollen ökonomische Diskriminierung und unfairen Wettbewerb eindämmen und protektionistische Maßnahmen minimieren. Im GATT-Vertragssystem galten diese Prinzipien mit weit häufigeren Ausnahmen.

Mindestens alle zwei Jahre findet eine WTO-Konferenz statt, an der die Regierungsvertreter und –vertreterinnen aller Mitgliedsstaaten teilnehmen. Diese Konferenz stellt das höchste Organ der WTO dar. Formell gilt auf diesen Konferenzen und in allen Gremien das gleiche Stimmrecht für jeden Staat. In der Praxis werden die Entscheidungen, in denen die EU und die USA übereinstimmen, jedoch für gewöhnlich gegen jeden Widerstand durchgesetzt. Auf sogenannten Quad-Treffen koordinieren sich die EU, USA, Kanada und Japan und treffen hier quasi die Vorentscheidungen für die WTO-Konferenz.

Zwischen diesen Konferenzen ist der General Council die höchste Instanz der WTO, ebenfalls mit Sitzen für jedes Mitgliedsland. Unter dem General Council stehen die Entschluß- und Beratungsgremien der Einzelabkommen GATT, GATS und TRIPs. Im Rahmen dieser drei Abkommen existieren weitere Ausschüsse zu einzelnen Themen, wie etwa für die Regelungen von Wettbewerb und Marktzugang. In ihrer Entscheidungskompetenz stehen sie unter den Entschluß- und Beratungsgremien.

Daneben bestehen Ausschüsse für abkommenübergreifende Themen, wie zum Beispiel das Komitee für Handel und Entwicklung oder das Komitee für Handel und Umwelt.

Die WTO hat, wie oben erwähnt, ein weiteres Spektrum an Aufgaben und Kompetenzen als das frühere GATT-System. Als neue Sachgebiete kommen das des Dienstleistungssektors und das des geistigen Eigentums hinzu. Zu diesen Sachgebieten liegen jeweils eigene Abkommen vor:

Das „alte“ GATT-System ist in die WTO integriert worden. Hier geht es nach wie vor um den Handel von Gütern, der Geltungsbereich wurde jedoch, wie erwähnt, um die Bereiche Textil- und Agrarprodukte erweitert. Die Struktur des GATT-Konglomerats wurde durch neue Unterabkommen gestrafft. Desweiteren kam das GATS (Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungshandel) hinzu, das die Freihandelsregelungen auf den Bereich der Dienstleistungen ausweitet. In diesen Bereich gehören zum Beispiel Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Gesundheitswesen, Erziehung, Bildung, Kultur, Kommunikation,

Transportwesen und der Tourismus. TRIPs (Abkommen über handelsrechtlich relevante Aspekte geistiger Eigentumsrechte) als weiteres Abkommen regelt den Umgang mit geistigem Eigentum, hier sind zum Beispiel Copyrights, Warenzeichen, Design, Lizenzen und nicht zuletzt Patente integriert. Gerade das Geschäft mit den Patenten nimmt an Wichtigkeit zu, seitdem immer mehr Patente auf Gensequenzen angemeldet und vermarktet werden. In TRIPs geht es jedoch weniger um eine Liberalisierung des Handels als um einen Schutz dieses geistigen Eigentums. Urheberrechte sollen über lange Zeit garantiert werden. Außerdem soll durch TRIPs der Technologietransfer gefördert werden.

Zu betonen ist, daß die WTO durch die diversen Unterabkommen keine eigentlichen Verbote ausspricht. Sie bildet lediglich den Rahmen, in dem Staaten ihre Handelspolitik betreiben können. Erst wenn ein Staat einen anderen anklagt, werden die WTO-Regelungen angewandt. In diesem Falle muß ein Staat die entsprechenden Maßnahmen zurücknehmen oder Ausgleichszahlungen leisten.

Das neue GATT:

Wie im „alten“, so geht es auch im „neuen“ GATT um Zollreduktionen. Das „GATT‘94“ geht jedoch weit über das zuverige GATT hinaus.

Neben den Zollreduktionsmaßnahmen besteht das „neue“ GATT aus Unterabkommen, die bestimmte staatliche Maßnahmen beschränken sollen. Staaten ist es hiernach untersagt, gleiche Produkte aufgrund ihrer Herstellungsweise, etwa durch Etikettierung, zu unterscheiden. Die Möglichkeiten der Subventionierung, des Aufstellens von Schutzmaßnahmen und der Importbeschränkungen für Dumping-Waren, die zwecks Marktanteilgewinnung von Unternehmen verbilligt angeboten werden, wird von den WTO-Regelungen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt, wenn etwa eine gravierende Gefahr für nationale Wirtschaftszweige nachgewiesen werden kann.

Ebenfalls unter dem GATT befindet sich eine Übereinkunft über Investitionen. Ursprünglich war auf der Uruguay-Runde neben GATT, GATS und TRIPs ein viertes Abkommen geplant, das MIA (Multilaterales Investitions-Abkommen). Aufgrund des Widerstands der Entwicklungsländer kam es nicht dazu, stattdessen wurde die kleiner Version TRIMs (Abkommen über handelsrechtlich relevante Investitionsmaßnahmen) verabschiedet, während weitere Verhandlungen in die OECD verlagert wurden. Trotz dieser Verhandlungen auf OECD-Ebene zum MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) bestanden jedoch seit der ersten WTO-Ministerkonferenz in Singapur Arbeitsgruppen in Genf, die zumindest die Bedingungen für die Integration eines MAI in die WTO prüften und diese verbessern wollten.

Im TRIMs-Abkommen werden nur handelsbezogene Investitionsaspekte berücksichtigt, also jene, die Import- oder Export-Beschränkungen verursachen. Danach ist es etwa nicht erlaubt, einen Investor zu verpflichten, heimische Firmen als Zulieferer zu engagieren oder einen festen Prozentsatz des Gewinns zur Reinvestition in dieselbe Region zu verwenden, den Investor zum Export zu verpflichten, um die heimische Produktion zu schützen, oder dem Investor limitierende Auflagen zu machen, wieviel dieser an Kapital oder Rohstoffen für seine Produktion importieren darf.

GATS:

Das Abkommen über den Handel von Dienstleistungen umfaßt in 29 Artikeln den Sektorservice. GATS ist allerdings nur ein Übereinkommen von Kernprinzipien und die Vereinbarung über einen noch auszuhandelnden Zeitplan für Liberalisierungsschritte. Im Dezember 1996 wurden ein Unterabkommen im Bereich Telekommunikation, im Dezember 1997 für

Finanzdienstleistungen erreicht. Im Jahre 2000 kam es zu neuen weitreichenden Verhandlungen, in denen bestimmt werden sollte, welche weiteren Sektoren liberalisiert werden sollten.

TRIPs:

Auch für die Rechte über das geistige Eigentum gilt, dass erste Verpflichtungen bereits eingegangen wurden, sich das TRIPs aber ansonsten auf die Übereinkunft eines Zeitplans beschränkte.

In den meisten sogenannten Entwicklungsländern ist die Gesetzgebung für den Schutz von Patenten und Lizenzen zu schwach für die neuen TRIPs-Regelungen, dies sollten die weniger entwickelten Staaten (LDC) bis 2000, die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) bis 2005 ändern. Generell sollen die Schutzgesetze für geistiges Eigentum vereinheitlicht werden. Diese Vereinheitlichung orientiert sich an internationalen Konventionen, wie sie zuvor formuliert wurden.

Diese Konventionen sind insofern kritisch zu betrachten, als dass sie einen Markt eröffnen – einen der oben genannten sogenannten „neuen Märkte“ –, der den reichen Genpool der südlichen Staaten ausschöpft. Dies hat weitreichende ökonomische und ökologische Folgen für die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“. Wer eine kommerziell nutzbare Pflanze oder auch nur einen Gencode entdeckt, ist derjenige, der ihn patentiert und vermarktet.

Die Ziele des TRIPs-Abkommens sind die Liberalisierung des Handels mit Produkten und Produktionsprozessen, die durch den Besitz der Eigentumsrechte Gewinne abwerfen, kurz gesagt also der Vermarktung des geistigen Eigentums, der Schutz des Eigentumsrechts vor Mißbrauch und unbezahlter Nutzung sowie die Einklagbarkeit von Verstößen gegen dieses Eigentumsrecht.

Zwar ist der zukünftige Markt der Gentechnik jener, auf den das Recht auf und der Schutz des geistigen Eigentums primär abzielt und an dem die Konsequenzen am deutlichsten zu beobachten sind, nicht zu vergessen sind hierbei jedoch der neue Markt der Technologie sowie traditioneller Sektoren wie jener der Kultur.

Im Frühjahr 2001 klagte die USA unter Bezug auf das TRIPs-Abkommen vor der WTO gegen Brasilien, da hier nach dem Patent-Gesetz von 1996 die Herstellung von Generika (kostengünstigen Medikamentenkopien) erlaubt wurde. Hintergrund der brasilianischen Handlungsweise ist die Bekämpfung von Aids. Die Medikamente der US-amerikanischen Pharma-Konzerne sind über 50 Prozent teurer, wenn sie nicht staatlich subventioniert werden.

Die OECD

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat 29 Mitgliedsstaaten, neben den sogenannten Schwellenländern Südkorea und Mexiko alle hochentwickelten Industrienationen. Gegründet wurde sie 1961 mit Sitz in Paris. Vorläufer der OECD war die OEEC (Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit), die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg in die Hand nehmen sollte. Dies sollte durch die Steigerung der Produktion, den Abbau der Beschränkungen im internationalen Handels- und Finanzverkehr und durch die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der inneren finanziellen Stabilität erreicht werden. Als 1959 Europa einen Liberalisierungssatz von über 90% hatte und die Aufgabe der OEEC als erfüllt gelten konnte, kamen die westlichen Industriestaaten zu dem Schluß, mit dem Übergang von OEEC zu OECD die Probleme der Weltwirtschaft aufzugreifen.

Ihre Ziel sieht die OECD in der Erreichung einer optimalen Wirtschaftsentwicklung und einem steigenden Lebensstandard als Beitrag zur Weltwirtschaft. Insbesondere geht es auch um ein Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern sowie der Ausweitung des Welthandels.

NAFTA

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist das NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) die weltweit größte Freihandelszone, 90 Prozent des NAFTA-BIPs werden jedoch von der USA erzielt.

Für das NAFTA gilt, ähnlich wie für die EU, daß es im offiziellen Sinne den „freien Markt“ im neoliberalen Sinne fördern soll, vom Charakter her aber protektionistisch ist.

Das wichtigste Ergebnis der NAFTA-Verhandlungen war der asymmetrische Zollabbau während einer Übergangsperiode, der den unterschiedlichen Wirtschaftsniveaus Mexikos auf der einen Seite und der beiden anderen Staaten andererseits Rechnung tragen sollte. Im Jahr 2004 sollen 99 Prozent des Handels von Zollabgaben befreit sein.

Ein weiterer Punkt ist der Schutz nordamerikanischer Autohändler vor Importen aus Drittländern. Ein gewisser Prozentsatz der Fertigungsteile, zur Zeit 56 Prozent, müssen regional hergestellt sein. Ähnliche Regelungen gelten für den Textilsektor: Bei der Herstellung von Textilien müssen in Nordamerika gesponnenes Garn oder Stoffe aus nordamerikanischen Fasern verwendet werden.

Solcherart „Ursprungsregeln“ ersetzen im Freihandelsabkommen NAFTA die bisherigen Zölle.

Im Dienstleistungssektor und im Bereich der Investitionen gelten die Meistbegünstigungsklausel sowie grundsätzliche „Inländerbehandlung“, das heißt, die Gleichbehandlung von Dienstleistungsanbietern aus den zwei anderen NAFTA-Staaten mit inländischen Anbietern. Dies entspricht den WTO-Prinzipien des national treatment und der most-favoured-nation.

Der NAFTA-Vertrag enthält ebenfalls eine Schutzklausel, nach der ein Staat vorübergehend die vor der NAFTA gültigen Einfuhrzölle wieder einführen kann, falls ein einheimischer Industriezweig schwerwiegende Schäden nehmen könnte. In diesem Falle muß jedoch der betroffene Staat den Handelspartner in Höhe der Verluste entschädigen. Über die Gültigkeit eines solchen Verfahrens entscheidet allerdings eine binationale Kommission, deren Entscheidung verbindlich ist.

Für die NAFTA-Staaten gilt in Rechtsstreitigkeiten ein dreistufiger Konfliktlösungsmechanismus, dessen höchste Stufe in einem Schiedsgericht besteht, das Geldbußen bis zu 20 Millionen US-Dollar beziehungsweise Handelssanktionen in gleicher Höhe verhängen kann.

Über Konsultationen auf Ministerebene können auch die Rechte von Arbeitsorganisationen in bezug auf Streiks, Verhandlungen und die Organisierung im allgemeinen diskutiert werden. Ein Mitspracherecht der Organisationen selber ist an keiner Stelle vorgesehen. Dies ist sicherlich nur ein Aspekt, der insbesondere die US-amerikanischen Gewerkschaften zu Protesten gegen NAFTA veranlaßte.

Bei den Verhandlungen zum NAFTA war das USCIB (US-amerikanischer Rat für Internationale Wirtschaft) federführend. Das NAFTA war ausdrücklich als Gegengewicht zur EU konzipiert. In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen der EU zu betrachten, einen EU-Mexiko-Freihandel vertraglich zu manifestieren. In einer Stellungnahme tat das Europäische Parlament hierzu kund:

„Ziel des Abkommens ist ein neuer Rahmen, der es der EU ermöglicht, auf dem mexikanischen Markt stärker präsent zu sein und künftig auf gleicher Stufe mit Ländern konkurrieren zu können, mit denen Mexiko Freihandelsabkommen geschlossen hat.“

Der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mexiko trat im Juli 2000 in Kraft.

Vor der endgültigen Ratifizierung des NAFTA mußten einige Bedingungen, insbesondere von Mexiko, erfüllt werden. So strich die mexikanische Regierung, seit 1928 in Händen der PRI, 1992 den Artikel 27 aus der Verfassung. Der aus der mexikanischen Revolution entstandene Artikel 27 regelte die Landverteilung und die Unveräußerlichkeit der ejidos, der in Kommunalbesitz befindlichen Gemeindeländereien. Neben dieser zentralen Errungenschaft der Revolution kam es zum Abbau weiterer Arbeiter-, Bauern- und Ausbildungsrechten. So kam es schon während der Verhandlungen zu entsprechenden Massenprotesten in Mexiko.

Das NAFTA sollte beweisen, daß Entwicklungsländer durch den Freihandel wirtschaftlich aufholen könnten. Neben dem Aufstand der EZLN in Chiapas und der EPR in Guerrero war jedoch direktes Resultat die Pesokrise im selben Jahr, die nur durch weitere Staatsanleihen und Hilfe des IWF bezwungen werden konnte. Dies bedurfte entsprechender Anpassungen gemäß eines Struktur Anpassungsprogramms des IWF.

Noam Chomsky diagnostizierte auch für die USA und Kanada eine Absenkung sozialer Niveaus durch die NAFTA. Für Kanada galt eine „Harmonisierung nach unten“ auf das Lohn- und Sozialniveau der USA, in der etwa das Lohnniveau 1992, als der NAFTA-Vertrag zwar noch nicht in Kraft getreten, aber schon ausgehandelt war, 60% unter dem deutschen und 20% unter dem italienischen Niveau lag. Wirtschaftswissenschaftler prognostizierten für die USA eine Lohnsenkung, „da die niedrigeren mexikanischen Löhne einen Gravitationseffekt auf das Lohnniveau in den USA haben dürften.“

In den New York Times war als Einschätzung zur NAFTA zu lesen, daß die Gewinner des Abkommens „in der Bankenwelt, dem Kommunikations- und dem Dienstleistungsbereich“ zu finden seien, sowie in der Fertigungsindustrie, im High-Tech-Bereich und in der Pharma-Branche, da gerade letztere durch den Schutz des geistigen Eigentums profitieren würde. Weiter wurden „die führenden Produktionsbereiche der Region“ genannt. Die New York Times verschwieg aber auch die Verlierer nicht: „in erster Linie Frauen, Schwarze, Angehörige der spanischsprechenden Bevölkerungsgruppe [...und...] Produktionspersonal unterhalb der Facharbeiterebene.“ Zwar wurden diese Verlierer genannt, sowohl von der New York Times wie auch von angesehenen Wirtschaftswissenschaftlern, aber diese Verlierer wurden als notwendiges Übel angesehen und die einfache Erkenntnis, daß es sie geben würde, hatte keinerlei Konsequenzen für die Verfechter des NAFTA.

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton wollte das NAFTA-Abkommen als FTAA auf den gesamten amerikanischen Kontinent ausweiten, eine Idee, die schon sein Vorgänger George Bush propagierte und die auch die neue US-Regierung unter George W. Bush weiterverfolgt und in der er die „beste Waffe gegen Tyrannei und Armut“ sieht. Auf dem dritten „Gipfel der Amerikas“ im April 2001 in Quebec/Kanada wurde der Abschluß der FTAA für das Jahr 2005 angepeilt, wie auch schon 1994 auf dem ersten Gipfeltreffen dieser Art in Miami angedacht war. Schon die hier vorgestellten Thesen der USA lasen sich wie eine Inhaltsangabe des NAFTA-Abkommens. Dies ist ein Indiz dafür, daß NAFTA von den USA als Modell für zukünftige Freihandelsabkommen allgemein angesehen wird. Eine Demokratieklausel ist in der FTAA zwar explizit geplant, deren Sinn besteht jedoch primär im Ausschluß Kubas, den die USA explizit verlangen.

Während sich die Befürworter des FTAA insbesondere aus den USA politische Stabilisierung, sowie günstige Auswirkungen auf den Wettbewerb, die Preise der Konsumgüter und Prosperität für die Entwicklungsländer von dem Vertrag versprechen, regte sich auch unter den

Verhandlungspartnern in Südamerika Kritik an der FTAA. Neben den Gewerkschaften, sozialistischen Parteien und Basis- und Umweltbewegungen kritisieren auch offizielle Vertreter wie der brasilianische Präsident Cardoso und der venezuelanische Präsident Chávez deren rein neoliberale Ausprägung. Die Freihandelszone sei nur erwünscht, wenn

„der ‚Zugang zu dynamischeren Märkten‘ gewährleistet, einheitliche Anti-Dumping-Regeln erarbeitet sowie ‚protektionistische Verzerrungen‘ von Gesundheitsbestimmungen abgebaut werden. Der Schutz des geistigen Eigentums dürfe dem Ausbau der ‚technologischen Möglichkeiten unserer Völker‘ nicht entgegenstehen.“

Mit diesen Forderungen, die im Prinzip eine Kritik an dem einseitig protektionistischen Charakter bisheriger Freihandelsverträge darstellen, ist ein wesentlicher Kritikpunkt an der FTAA benannt. Dennoch soll im allgemeinen am Prinzip des Freihandels festgehalten werden.

Das MAI

Das schon erwähnte MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) wurde von 1995 bis 1998 im Rahmen der OECD verhandelt. Die Verhandlungen scheiterten im September 1998, als Frankreich die Verhandlungen verließ.

In vielerlei Weise stellte das MAI eine Radikalisierung des globalen Kapitalismus dar, indem es Multinationale Konzerne Rechte einräumen sollte, die zuvor Nationalstaaten vorenthalten waren: Juristisch sollten Konzerne und Staaten gleich gestellt sein. Der Vertrag sollte eine „Sicherheit“ für Investoren bieten, indem er die auch schon im WTO gültigen Grundsätze des „national treatment“ und der „most-favored nation“ festlegte, aber auch darüber hinaus gehende Garantien, wie ein faktisches Verbot der Verstaatlichung („Enteignung“) und – wörtlich – finanziellen Schutz vor Aufständen und Revolution. In solchen Fällen sollten die Staaten zu Entschädigungszahlungen gezwungen werden.

Das MAI sah eine einseitige Klagebefugnis von Investoren gegenüber Staaten vor. Die Klageinstanzen sollten hierbei weit stärker und zwingender sein als etwa in der WTO.

Neu am MAI war weiterhin die Mindestdauer des Vertrags von 20 Jahren. Beachtenswert ist ebenfalls, dass viele Aspekte des MAI in den Bereich der WTO fallen und es ist augenscheinlich, daß das von 29 Staaten ausgehandelte MAI, wenn die Verhandlungen denn zu Ende geführt worden wären, für die 198 Staaten der WTO gelten sollte.

Am meisten empört aber waren die GegnerInnen des MAI davon, daß die Verhandlungen unter höchster Geheimhaltung geführt wurden. Nach über zwei Jahren, Ende 1997, wurde ein Vertragsentwurf menschenrechtlichen Organisationen zugespielt, die daraufhin eine Öffentlichkeitskampagne starteten. Daß es diese war, die das MAI scheitern ließen, wagen wir zu bezweifeln, aber sie hat sicherlich ihren Teil dazu getan.

Kritik der Entwicklungspolitik

Die zuvor beschriebenen Institutionen sind nicht nur Apologeten der Globalisierung, sondern sie haben sich ebenfalls dem Begriff der Entwicklungspolitik verschrieben.

Entwicklungspolitik heute kann als ein Bestandteil der Globalisierungspolitik verstanden werden. Deutlich wird dies insbesondere an der ökonomischen Orientierung der Entwicklungspolitik, der sich die oben genannten Institutionen verschrieben haben.

Obwohl sich in der Entwicklungstheorie mittlerweile ein Umdenken durchgesetzt hat, das zu den Indikatoren von Unterentwicklung beziehungsweise Entwicklung zum Beispiel die Ernährung (Kalorien- und Proteinverbrauch pro Kopf), den Zugang zu Trinkwasser, Gesundheit, Bildung und ähnliches zählt, dominieren noch immer die wirtschaftlichen Werte, etwa die Einkommensverteilung, die Wirtschaftsstruktur und das Pro-Kopf-Einkommen.

Die Entwicklungspolitik von IWF, Weltbank, WTO und OECD zielt einseitig in diese kapitalistische Richtung und betrachtet die Deregulierungs- und Marktliberalisierungstendenzen als der Entwicklungspolitik förderlich. Entwicklungspolitik besteht in Folge dessen zu einem großen Teil in Investitionen in die Wirtschaftssektoren der unterentwickelten Staaten, die auch den Zweck haben sollen, als Gewinne in die Industrieländer zurückzufließen. Die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, dem Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit angeschlossen) etwa rühmt sich damit, daß das als Entwicklungshilfe investierte Geld plus Gewinn wieder in die BRD zurückfließt.

Eine Kritik an der momentanen Entwicklungspolitik muß jedoch weitergehen, als nur ihre wirtschaftliche Orientierung aufzugreifen: Auch jenseits des Ökonomischen ist hier ein Eurozentrismus zu beobachten, der gewisse Lebensweisen, Werte und eine Leitkultur vorschreibt oder vorschreiben möchte. Wir sehen hier eine westliche Arroganz nicht nur in der Politik der globalen Institutionen und der staatlichen Entwicklungshilfe, sondern oft auch in alternativen Organisationen.

Eine besondere Betrachtung ist auch die Kritik aus den sogenannten Entwicklungsländern selber wert. Gustavo Esteva, mexikanischer Ökonom, etwa, lehnt jegliche Entwicklungshilfe per se als potentiell gefährliche Einmischung ab, die kulturelle Eigenschaften und Lebenszusammenhänge gefährden könne. Entwicklungspolitik hält er für eine unmittelbare Quelle der Knappheit. Er fordert daher „Hilfe und Entwicklung stoppen!“

Zusammenfassend, dabei bedenkend, daß die angebliche Unterentwicklung zu einem großen Teil der aggressiven Kolonialpolitik der nordwestlichen Industriestaaten verschuldet ist, ließe sich auch sagen: Entwicklungspolitik will die Probleme lösen, die es ohne sie nicht gäbe. Sie ist dabei die Fortsetzung der Kolonialpolitik mit wirtschaftlichen Mitteln, die die Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ in eine neue, ökonomische Abhängigkeit drängt.

Industrielle Lobbygruppen

Hinter der politisch gewollten Globalisierung stehen nicht nur die Konzerne und die Staaten, sondern auch - als mächtige Vereinigungen der Konzerne - industrielle Lobbygruppen innerhalb der Staaten. Einige dieser Lobbygruppen sollen an dieser Stelle vorgestellt werden.

Die offizielle Lobbystimme der Geschäftswelt in der OECD ist das BIAC (Beratender Ausschuß der Wirtschaft bei der OECD), das gemeinsam mit der OECD 1962 gegründet wurde. Innerhalb der OECD hat es Konsultationsstatus und vertritt dabei auch andere Lobbygruppen, wie das USCIB und die ICC (Internationale Handelskammer), sowie auch einzelne Konzerne, z. B. Shell und BASF. Seit Bestehen von OECD und BIAC finden zwischen beiden informelle Konsultationen statt. Das BIAC hat beständig Lobbyarbeit für weiterreichende Unternehmerrechte und gegen verbindliche Umwelt- und Sozialregelungen gemacht. Als

Pendant zum BIAC existiert auch ein gewerkschaftlicher Beratungsausschuß, das TUAC (Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß).

Als eine der einflußreichsten Lobbygruppen kann das USCIB gelten. Zum USCIB gehören z. B. MacDonalds, Coca Cola, Monsanto und General Motors. Erst unter der Präsidentschaft Bill Clintons wurde das USCIB wiederbelebt und hatte maßgeblichen Einfluß bei den Verhandlungen zum NAFTA-Abkommen. Gleiches gilt für die MAI-Verhandlungen.

Was das USCIB in den Vereinigten Staaten ist, ist für Europa der ERT (Europäischer Runder Tisch der Industriellen). Der ERT ist laut Selbstdarstellung „eine Gruppe von 45 Präsidenten bedeutender europäischer Unternehmen aus 16 europäischen Ländern. [...] Die ERT verfolgt das Ziel, die europäische Wirtschaft zu stärken und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu verbessern.“

1983 wurde der ERT von Pehr Gyllenhammer, dem damaligen Leiter des Volvo-Konzerns, und Umberto Agnelli von der Fiat-Gruppe gegründet.

In regelmäßigen Abständen veröffentlicht der ERT allgemein zugängliche Schriften zu Themen wie dem europäischen Binnenmarkt, Beschäftigung, Technik und Umwelt, Verkehrswesen, dem Nord/Süd-Konflikt und zur Bildung.

Gemeinsam ist diesen Veröffentlichungen ein einheitliches Bild der zukünftigen Wirtschaft in Europa: Der ERT, beziehungsweise die von ihm beschäftigten in Think-Tanks zusammenarbeitenden Experten, propagieren eine Aufteilung in „Hardware“ und „Software“, die bezeichnenderweise auch „Human Ware“ genannt wird. Bei der „Hardware“ handelt es sich hier um die Infrastruktur der EU, die „Software“ betitelt den arbeitenden und konsumierenden Menschen.

Der ERT geht hier davon aus, daß es sich bei den Menschen um die einzige natürliche Ressource handelt, die dem wirtschaftlichen Europa auf Dauer zur Verfügung steht.

Die industriellen Lobbygruppen sind mit ihrem Engagement auf politischer Ebene durchaus erfolgreich. So basiert etwa der Verkehrswegeplan der EG auf den ERT-Publikationen „Missing Links“ und „Missing Networks“ und das EG-Memorandum zur Hochschulpolitik auf der ERT-Publikation „Education and European Competence“.

Diese offensichtliche Einflußnahme findet auf verschiedenen Wegen statt: Regelmäßig treffen sich Vertreter des ERT mit dem amtierenden Kommissionspräsidenten der EU und in halbjährlichen Treffen berät sich der ERT mit der Regierung, die den Vorsitz der EU inne hat. Des weiteren ist auch der Einfluß der einzelnen Konzerne auf die jeweiligen nationalen Regierungen zu erwähnen.

Nicht zuletzt ist die ICC zu nennen. Mitglieder sind neben 63 nationalen Komitees über 7000 Unternehmen aus ca. 130 Staaten.

Die Rolle der Nationalstaaten

Daß der Neoliberalismus entgegen oft geäußerten Vorwürfen keine antistaatliche Ideologie ist, wurde schon dargestellt. Mit dem praktisch ausgeführten Neoliberalismus geht ein Protektionismus der Industriestaaten einher. Die multinationalen Konzerne und Investoren bedürfen dem Schutz des Nationalstaates, viele Industriekonzerne konnten und können erst mit Hilfe staatlicher Subventionen oder Steuererleichterungen aufgebaut werden Im gleichen

Kontext ist nun die Frage zu stellen, welche Vorteile die Nationalstaaten, die diese Entwicklung protegieren, von ihr erwarten.

Wir halten es für nötig, hierfür zwischen den Staaten der sogenannten „Ersten Welt“ und jenen der „Dritten Welt“ zu differenzieren, da die Interessen an einer ökonomischen Globalisierung durchaus einen dementsprechend unterschiedlichen Charakter haben.

Unter dem Aspekt der Entwicklungspolitik werden ausländische Direktinvestitionen (ADI) als einer der „zentralen Motoren der Wirtschaftsentwicklung“. Betrachtet. Für die sogenannten Entwicklungsländer bedeuten Investitionen angeblich einen „Zufluß von neuen Finanzmitteln, Technologien und Know-How“ sowie „einen volkswirtschaftlichen Multiplikatoreffekt“.

Ängste vor einem Abfluß von ADI treffen sowohl die Entwicklungsländer wie auch die Industrieländer: Diese Ängste beziehen sich auf die Frage der Arbeitsplätze sowie auf nationale wirtschaftliche Schlüsselsektoren, die einen etwaigen Wohlstand begründen. Das allgemeine Interesse an Direktinvestitionen kann mit den zwei Schlagworten Arbeit und Entwicklung gekennzeichnet werden.

In seinem Vortrag auf dem internationalen Kongreß zum MAI am 25. April 1998 in Bonn tat Saral Sarkar, Mitglied des „Komitees Widerstand gegen das MAI“, die Frage nach dem Interesse der Regierungen an dem MAI recht leichtfertig ab: Politiker seien schon seit Jahrzehnten Lobbyisten und seit langer Zeit zu „Durchführungsinstrumenten“ starker Interessengruppen, allen voran jenen der Wirtschaft, geworden. Ganz richtig schließt er den Teil seines Vortrags zu diesem Thema ab:

„Das alles ist kein Resultat der Charakterschwäche der regierenden Politiker. Der Neoliberalismus, der auch die Globalisierung der Wirtschaft vorantreibt, ist zur Zeit in der Politik die hegemoniale Ideologie. Und die besagt, daß es für alle gut sei, wenn sich die Politik aus der Wirtschaft zurückziehe.“

Sarkar erklärt zwar zutreffend, daß der Neoliberalismus zu herrschende Ideologie geworden ist und beschreibt den Kern dieser Ideologie knapp, aber dennoch richtig. Als Antwort auf die Frage nach dem Ansinnen von Nationalstaaten, diese neoliberale Ideologie betreffend, kann diese Erklärung jedoch nicht genügen. Entsprechend ließe sich weiter fragen, warum Nationalstaatsregierungen sich in der Herrschaft des Neoliberalismus unterordnen und welches die konkreten Absichten des Nationalstaates sind.

Hier ist der Aspekt des Protektionismus zu nennen. Es wäre zu einfach, von multinationalen Konzernen zu sprechen, die angeblich „heimatlos“ sind. Jeder Konzern hat nach wie vor ein offizielles Herkunftsland, dessen ökonomische Kraft durch die Kraft des Konzerns gestärkt wird, und dies ist in den meisten Fällen immer noch ein Staat der sogenannten „Ersten Welt“.

Im Falle NAFTA etwa wurde die protektionistische Ebene durchaus betont, wenn es um die Konkurrenzfähigkeit der USA gegenüber den anderen Triademächten ging. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jagid Bhagwati beschrieb gar, NAFTA sei „nur als großes Freihandelsabkommen verkleidet worden, in Wirklichkeit aber hauptsächlich protektionistisch begründet: Aus Mexiko wird ein geschützter Absatzmarkt der USA, zum Nachteil Japans und der EU.“ Unter diesem Aspekt ist auch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko zu betrachten, denn hierdurch hat sich die EU diesen Absatzmarkt teilweise „zurückerobert“.

Wenn von Protektionismus die Rede ist, kann also keineswegs nur das Protegieren von Wirtschaftskräften gemeint sein, es geht grundsätzlich auch um den wirtschaftspolitischen Protektionismus von Nationalstaaten.

Einen weiteren Aspekt liefern die Schlagworte „Standortpolitik“ und „Vollbeschäftigung“.

Die Gruppe Krisis beschreibt in ihrem teilweise polemischen „Manifest gegen die Arbeit“, daß der „Fetisch Arbeit“ über Partei- und Ideologiegrenzen hinaus bestimmend wirkt. Sowohl SPD und DGB wie auch die konservativen Parteien sehen einen wesentlichen Aspekt ihrer politischen Tätigkeit in der Abwehr der Arbeitslosigkeit, und auch rechtsextreme Kräfte stellen dieselben Forderungen auf, allerdings „zuerst für Deutsche“. Übersehen wird hierbei, daß nicht Notwendigkeit nach mehr Arbeit besteht, sondern nach sozialer Sicherheit, die im wesentlichen durch Lohnarbeit gewährleistet wird. Da sich der Arbeitsfetischismus jedoch über einen langen Zeitraum, weit länger als der Neoliberalismus, zu einer herrschenden Ideologie entwickelt hat, werden Alternativen zu diesem Modell kaum gesucht. Das Streben nach Vollbeschäftigung ist nahezu zu einem Selbstzweck geworden, der nicht kritisch hinterfragt wird.

Nationalstaaten leiden nicht unter der Globalisierung, schon gar nicht werden sie abgeschafft: Sie ändern ihr Gesicht, bzw. sie streifen ihre soziale Maske ab und zeigen ihr wahres, autoritäres Gesicht. Der „schlanke Staat“, den die Verfechter des Neoliberalismus fordern, ist ein starker Staat. Er darf, wie bisher, seine Steuern eintreiben, und zwar zu den Zwecken, zu denen er sie schon immer am Liebsten benutzt hat: Für eine angebliche „Sicherheit“, die in Wirklichkeit autoritäres Gehabe darstellt: Für die Polizisten, die bei Globalisierungsprotesten prügeln und sogar schießen, für Militär, für angeblich „humanitäre“ Kriege, für eine rassistische Asyl- und Migrationspolitik.

Alle neoliberalen Institutionen und Verträge greifen den Sicherheitsaspekt des Staates nicht an. Sie zerstören das Soziale, daß der Staat nie von alleine gegeben hat, sondern daß ihm immer von einer sozialen Bewegung und in der Vergangenheit auch explizit von der ArbeiterInnenbewegung abgerungen wurde – als Kompromiß für seine bloße Existenz und den Machterhalt einiger weniger Privilegierter. Mit der Globalisierung wird der Staat noch mehr das, was er schon immer war: Ein Unterdrückungsinstrument der Herrschenden.

Teil 2:

Widerstand

Das Fanal durch die EZLN (+) und das MAI (-)

In den letzten Jahren werden die Institutionen der ökonomischen Globalisierung in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen und auch stärker kritisiert, wie in den Medien so auch auf der Straße. Kein multinationales Treffen findet mehr statt, ohne daß auch entsprechende Gegendemonstrationen und inhaltlichen Gegengipfel veranstaltet werden.

Seinen Beginn hat dieser Widerstand gegen die ökonomische Globalisierung im Aufstand der EZLN, der am 01. Januar 1994 begann. Laut eigenen Aussagen besteht die Zapatistische Befreiungsarmee schon wesentlich länger, seit 1983. Als klassisch marxistisch orientierte Guerrilla formiert von Nichtindigenen, die nach Chiapas reisten, änderte die EZLN ihr Gesicht dadurch, daß ihre Gründer von den Indígenas lernten und ihre Form des Zusammenlebens und einer Subsistenzwirtschaft als Alternative zum klassischen politischen Marxismus annahmen.

Der 01. Januar 1994, an dem der bewaffnete Aufstand der EZLN begann, war symbolträchtig gewählt. Am selben Tag trat offiziell das NAFTA in Kraft, gegen das sich die Indigenen unter anderem zur Wehr setzten.

Das NAFTA ist *ein* ökonomischer Hintergrund für den Aufstand der EZLN. Primär jedoch für die indigenen Rebellen ist der ökonomische Hintergrund in Chiapas selber:

„Chiapas verblutet auf tausend Wegen: Öl- und Gaspipelines, Stromleitungen, Eisenbahnwagen, Bankkonten, Last- und Lieferwagen, Schiffe und Flugzeuge, klandestine Pfade, terrassierte Straßen, Breschen und Schneisen. Dieses Land zahlt den Imperien weiterhin seinen Tribut: Öl, elektrische Energie, Vieh, Geld, Kaffee, Bananen, Honig, Mais, Kakao, Tabak, Zucker, Soja, Sorghum, Melonen, Mamey, Mango, Tamarinde und Avocados und chiapanekisches Blut fließen durch die tausendundein in die Gurgel des mexicanischen Südostens geschlagenen Reißzähne der Plünderung.“

Die ökonomische Ausbeutung der Region kann nicht losgelöst von dem Vertragswerk NAFTA betrachtet werden. Zwei Jahre vor dem Beginn des Aufstands wurde, wie bereits erwähnt, der Artikel 27 aus der Verfassung Mexikos gestrichen, dem Artikel, der die Verteilung öffentlichen Landes (ejidos), das gemeinschaftlich in den Kommunen bearbeitet wurde, regelte. Der Artikel nahm insbesondere Rücksicht auf die traditionellen Subsistenzpraktiken der indigenen Bevölkerung.

Als es 1996 zu den Verhandlungen von San Andrés zwischen EZLN und Regierungsvertetern kam, spielte die indigene Autonomie eine wesentliche Rolle. 2001 wurden die Verhandlungen von dem neuen Präsidenten Mexikos, Vicente Fox (PAN), wieder aufgenommen. Das Ende April 2001 mit erheblichen Einschränkungen angenommene „Gesetz über die Rechte und Kultur der Indigenas“ erhebt den Anspruch, die Vereinbarungen von San Andrés zu realisieren. Von den Zapatistas wird es als eine „Reforma light“ bezeichnet. Die EZLN bezeichnete das Gesetz als „Gesetz zum Schutze der Rechte von Großgrundbesitzern und Rassisten“ und brach den Kontakt zur Regierung ab. Ein Grund für diese erheblichen Einschränkungen ist die Uneinigkeit über die Frage der Verfügung der Bodenschätze.

Problematisch für den Freihandel, speziell für das NAFTA ist hierbei, daß die indigene Autonomie auch die Verfügung über die Bodenschätze betreffen soll. Der Ausruf der mexikanischen Revolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts, „Tierra y Libertad!“ gilt auch für die Forderungen der EZLN und anderer indigener Gruppen Mexikos. Konkret heißt das, daß die Indigenen das Land, unter dem die Bodenschätze liegen, für sich beanspruchen.

Nicht nur der Umstand, daß die EZLN ihren Aufstand auf das NAFTA bezog und bezieht, macht sie zu Vorreitern in einer Bewegung gegen die ökonomische Globalisierung. In zahlreichen Aufrufen verlangte sie Solidarität nicht im klassischen Sinne, sondern dadurch, daß sich die solidarischen Gruppen „im Herzen der Bestie“ gegen Neoliberalismus und Deregulierung wehren. Die EZLN sah sich von Beginn an im Kontext eines weltweiten Widerstandes gegen die ökonomische Globalisierung. Entsprechend luden sie zweimal zu den weltweiten Treffen („Encuentros“) „gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit“ ein, das zweite Mal explizit nicht, wie 1996, in Mexiko, sondern im europäischen Spanien (1997). Der politische Anspruch der EZLN läßt sich aus der Einladung herauslesen:

„An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, sozialen, politischen und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschafts-organisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfen der Völker der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indigene, Studierende, Musiker, Arbeiter, Künstler, Lehrer, Campesinos, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler, Lesben, Homosexuellen, Feministinnen, Pazifisten.

An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Vaterland, ohne Morgen.“

Bezeichnend ist, daß sich auf dem zweiten „Encuentro“ die Gruppe PGA (People’s Global Action) gegründet hat, die unter den GlobalisierungsgegnerInnen eine besondere Rolle einnimmt. Unter den Gruppen, die an dem Bündnis PGA teilhaben, sind neben kleinen europäischen Gruppen bekannte Gruppen wie das MST (Movimento Sem Terra) aus Brasilien und auch die FZLN (Frente Zapatista de Liberación Nacional), der „zivile“ Arm der EZLN, zu finden.

Der Aufstand der EZLN markiert - als erster „postmoderner“ Aufstand nach dem 1989 verkündeten „Ende der Geschichte“ – den Beginn dieses Widerstands. Ihre neue Form der Politik – daß sie etwa nur sekundär als bewaffnete, klassische Guerrilla erscheint, basisdemokratisch organisiert ist und Medien und Kultur für ihre Zwecke nutzt – und ihre Betonung der globalen Zusammenhänge gaben ihr in theoretischer und praktischer Hinsicht Vorbildfunktion für eine Bewegung gegen die Globalisierung, wie sie heute besteht.

Nahezu zeitgleich mit dem zweiten Encuentro in Spanien und damit mit der Gründung von PGA wurden die Verhandlungen zum MAI bekannt: War der Aufstand der EZLN und ihre Aufrufe zu einem Kampf gegen den Neoliberalismus das positive Signal, so war das MAI das dazugehörige negative Signal, das einen Widerstand beginnen ließ.

Im Vergleich mit den heute die Medien überschwemmenden Berichten von Massenprotesten gegen Gipfeltreffen und Kongresse der multinationalen Institutionen, die beherrscht werden von Bildern von brennenden Barrikaden und angeblichen „gewaltbereiten“ „Autonomen“, wenn nicht gar „Terroristen“, sah der Widerstand gegen das MAI noch recht „zivil“ aus und schaffte es daher auch kaum in die bürgerliche Presse: Hauptsächlich ging es darum, eine breite Masse über die Verhandlungen zu informieren und Seminare sowohl zum MAI wie auch zu dessen Grundvoraussetzungen – der Ideologie des Neoliberalismus und die globalen Institutionen – anzubieten. Im Bündnis mit Kommunalpolitik, reformistischen Gewerkschaften und „linken“

ParlamentarierInnen kam es zu MAI-freien Zonen. Aktionen waren eher selten und blieben weitgehend unbeachtet.

Dennoch war es das MAI, daß in dem zeitlichen Kontext kritische Menschen von verschiedenster Gesinnung auf die Problematik des globalisierten Kapitalismus aufmerksam machte: Neben der EZLN (die sich ebenfalls zum MAI äußerte) und der gerade aktiv werdenden PGA gründete sich just zu diesem Zeitpunkt ATTAC, die Initiative für eine Tobin-Steuer, die Spekulationsgewinne besteuern lassen will. Die Idee zu ATTAC geht auf die französische Monatszeitung *Le Monde Diplomatique* (in der BRD Beilage der Tageszeitung) zurück, und diese war es auch, die hintergründig wie keine andere Zeitung über das MAI aufklärte.

Als es 1999 auf der Millenniums-Runde der WTO in Seattle zu den ersten von den Medien wahrgenommenen Massenprotesten kam, hatten die Protestierenden zu einem großen Teil noch das MAI im Hinterkopf. Nach dem Scheitern der Verhandlungen auf OECD-Ebene wurde von vielen befürchtet, daß die Verhandlungen nun auf Basis der WTO weitergehen würden. Eine Annahme, die durchaus wahrscheinlich war, sich jedoch bisher zum Glück nicht bewahrheitet hat.

Massenproteste: Von Seattle bis Genua

Als sich Ende 1999 die dritte Ministerkonferenz der WTO in Seattle zusammenfand, kam es erstmals zu medial weltweit beachteten Massenprotesten gegen die ökonomische Globalisierung. Indigene Gruppen aus aller Welt nahmen hier ebenso teil wie Gewerkschaften, sozialistische und anarchistische Gruppen oder Umweltschutzorganisationen. Gerade die Teilnahme sozialer Bewegungen aus dem „Trikont“ war etwas Neues, nachdem ähnliche Proteste in der Vergangenheit von „metropolitanen Solidaritätsbewegung[en]“ getragen wurden.

Neben dem medial erfolgreichen Protest stand das politische Scheitern der Konferenz, da aufgrund der Konflikte zwischen der EU und den USA, und nicht zuletzt aufgrund des Widerstandes vieler „Entwicklungsländer“ diverse Entscheidungen nicht getroffen werden konnten.

Natürlich war „Seattle“ nicht der erste Protest dieser Art, die „Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung“ etwa fanden auch zuvor schon als Großdemonstrationen statt, hatten jedoch nie die genannte mediale Wirkung. Der „Battle of Seattle“ dagegen sollte zum Symbol werden.

Anschließende Proteste in Davos bei der jährlichen WEF-Tagung, beim IWF-Gipfel in Prag oder in Göteborg (EU-Gipfel) hatten den augenscheinlichen Erfolg von Seattle als Vorbild vor Augen. Trotz teilweise gewalttätiger Ausschreitungen bei all diesen Protesten war eine veränderte Berichterstattung in den Medien zu beobachten: Aus den einstmaligen „Chaoten“, „Militanten“ oder „Autonomen“ sind „GlobalisierungsgegnerInnen“ geworden. Der Begriff der „GlobalisierungsgegnerInnen“ impliziert dabei zumindest, im Gegensatz zu sonstigen Zuschreibungen, eine inhaltliche Ausrichtung der Proteste.

Erst nach den Protesten in Göteborg vom 16. bis zum 18. Juni 2001 ließ sich in den Medien ein erneut verändertes Bild der GlobalisierungsgegnerInnen beobachten: Die Frage nach einer inhaltlichen Legitimität des Protestes wurde im Zusammenhang mit Göteborg selten gestellt, die Form des Protestes wurde als eine gewalttätige betont und kritisiert. In der Tat stehen die Medien mit dieser Kritik nicht alleine da: Ebenso wenig wie das Phänomen Globalisierung ein geschlossenes, unabänderliches Bild ergibt, so lassen sich auch die sogenannten GlobalisierungsgegnerInnen nicht pauschal klassifizieren. Sie sind vielmehr mit der Kritik an

militanten Protesten, symbolisiert durch das Werfen von Steinen oder dem Verwüsten einschlägiger Konzern- und Bankfilialen, wie auch mit der Kritik, eine zu „weiche“ oder zu reformistische Haltung gegenüber der Wirtschaftspolitik im Allgemeinen einzunehmen, konfrontiert.

In Göteborg fielen die ersten Schüsse von Seiten der Polizei, die den EU-Gipfel „schützen“ sollte: Fünf Personen wurden verletzt, eine von ihnen lebensgefährlich. Bei zwei Personen, die in der Presse wohlweislich verschwiegen wurden, handelte es sich um einen Journalisten und einen Passanten.

Was in Göteborg als Eskalation von Staats- und Marktseite begann, sollte sich in Genua noch extremer fortsetzen: Schon im Vorfeld mußte es in Erstaunen versetzen, daß hier Militär und eine Raketenabwehr eingesetzt werden sollten.

In Genua wurde der Demonstrant Carlo Giuliani von einem Polizisten erschossen und anschließend überfahren. Auch die Räumung der Schule Diaz ging mit äußerster Brutalität von Seiten der Polizei von sich.

Wieder änderte sich das Bild in den Medien, diesmal nach dem altbewährten Motto „Teile und herrsche“: Die Kritik an der Globalisierung sei berechtigt, und gewaltfreier Protest von Gruppen wie ATTAC wird nicht nur toleriert, nein, in Zukunft auch wohl integriert. Nach altbewährter Methode wird der Widerstand ausgeschaltet, indem Verständnis und Verhandlungsbereitschaft von Seiten der ökonomischen Globalisierer bekundet wird. Auf der anderen Seite stehen die traditionell „gewaltbereiten Autonomen“, gleichgesetzt mit AnarchistInnen, neuerdings gar Terroristen allesamt.

An dem sogenannten „Event-Hopping“ haben auch wir unsere Kritik. Zwar respektieren wir diese Aktionsform, nehmen auch selber daran teil, sind uns aber sicher, daß das nicht alles gewesen sein kann. Globalisierter Kapitalismus findet nicht nur auf irgendwelchen Gipfeln statt, sondern auch nebenan. Hier möchten wir unsere Aktionen konzentrieren.

Ausformuliert wurde eine solche Kritik von Harald Beyer-Arnesen in der Anarcho-Syndicalist Review. Wir dokumentieren die deutsche Übersetzung seines Textes aus der Direkten Aktion Nr.143 (Januar/ Februar 2001). Der Artikel um den Begriff der „Direkten Aktion“ kann auch verstanden werden als Kritik an jenen (Gruppen), die den Begriff der „Direkten Aktion“ für jede Form von Aktionismus verwenden. Er entstand unter dem Eindruck der Proteste von Seattle.

Harald Beyer-Arnesen: Direkte Aktion - Zum Verständnis eines Konzeptes

Während einer Kampagne zur Gewinnung von Lohnarbeitern für die Industrial Workers of the World (IWW) im Dezember 1905 erklärte Eugene V. Debs: „Die Kapitalisten besitzen die Werkzeuge, die sie nicht nutzen und die Arbeiter benutzen Werkzeuge, die sie nicht besitzen.“ Man könnte hinzufügen: Direkte Aktion heißt manchmal, die Werkzeuge, die wir nicht besitzen, zu zerstören und manchmal, sie für eigene, selbstgesteckte Bedürfnisse und Ziele zu benutzen. In letzter Instanz kann das nur bedeuten, so zu handeln, als ob alle Werkzeuge uns gehören würden.

Die Direkte Aktion, zu ihrem endgültigen und logischen Ende gedacht, ist die libertäre soziale Revolution: die Übernahme, Neuorganisation, Transformati-

on und Zerstörung (dort, wo sie nicht den menschlichen Zielen dienen) der Produktionsmittel (die die materiellen Werkzeuge der Freiheit sind) durch die Arbeiterklasse und die Entwaffnung der Kräfte, die die alte Ordnung beschützten. Wenn wir von einer wahrhaft sozialen Revolution sprechen, kann diese nichts anderes bedeuten, als die kollektive, direkte Aktion der Arbeiterklasse, die in diesem Prozeß sich selbst als Klasse aufhebt, und damit auch den Staat und die Klassengesellschaft, und uns alle auf diese Weise zu BewohnerInnen einer von uns selbst geschaffenen Welt macht.

Es gibt viele, die in diesen Tagen von direkter Aktion sprechen, doch die Zahl derer, die versucht ihre Bedeutung zu ergründen und sich die Frage stellt, um welche Art von Werkzeug es sich bei ihr handelt, ist geringer. Diese Frage hat nichts mit Wortklauberei zu tun, es geht bei ihr um etwas Grundsätzliches. Sie berührt den Kern des gesamten anarchistischen, sozialrevolutionären Projekts, in dem die "Emanzipation der arbeitenden Klassen von den arbeitenden Klassen selbst durchgesetzt werden muß" und in dem die Mittel von den Zielen bestimmt und in ihnen enthalten sein müssen. Aus dieser Sicht heraus können wir direkte Aktion als eine Aktionsform definieren, die von niemandem als uns selbst durchgeführt wird und in der die Mittel immer auch die Ziele sind. Oder in der zumindest - wie z.B. in einem Lohnstreik ohne Vermittlung irgendeiner Gewerkschaftsbürokratie - die Mittel (die Verminderung des Profites durch unsere Nicht-Arbeit und dadurch auch die Reduzierung der Macht des Bosses) in einem direkten Zusammenhang zu unseren selbstdefinierten Zielen stehen (die Erhöhung unserer Löhne und damit die Ausdehnung unserer eigenen Macht). Eine erfolgreich durchgeführte direkte Aktion hat stets eine Neugestaltung der bestehenden Lebensbedingungen durch den gemeinsamen Kampf der direkt Betroffenen zur Folge.

Niemand muß mit dieser Definition bis in Letzte übereinstimmen, aber ich finde sie logisch. Die direkte Aktion ist darüberhinaus ein sehr mächtiges Instrument im Prozeß der Entwicklung einer

Praxis, in der die zukünftige Gesellschaft in den Schalen der alten heranwächst. Unter allen Umständen aber muß für uns als Anarchisten und Sozialrevolutionäre die direkte Aktion ein Bestandteil unseres Projektes menschlicher Emanzipation sein. Direkte Aktion ist allerdings nicht wie schwanger sein, also etwas das man entweder ist oder nicht. Elemente von direkter Aktion können manchmal auch in solchen Aktionen enthalten sein, die nicht alle Bedingungen erfüllen. Ein Teil unserer Aufgabe besteht im Versuch, diese Elemente so dominant wie möglich zu machen, wann immer das geht. Dafür benötigen wir eine brauchbare Definition, etwas, das wir anstreben können und an dem wir unsere Aktionen messen können, um auf diese Weise auch ein größeres Bewußtsein von den Quellen unserer Stärken und Beschränkungen zu entwickeln.

Wir werden nicht immer die Stärke haben, um unsere Ziele durch direkte Aktion erreichen zu können. Mehr als jede andere Aktionsform verlangt die direkte Aktion nach einer kollektiven, organisierten Kraft. Das wird sich am deutlichsten in der direkten Wiederaneignung der Instrumente der Produktion und der Freiheit durch die Arbeiterklasse zeigen. Wir können gemeinsam alles erreichen. Diese Gemeinsamkeit aber herzustellen, das ist die schwierige Aufgabe und wie bei einem unbenutzten Muskel wird die Kraft kollektiver Aktionen durch Passivität geschwächt. Auf der lokalen Ebene, wo immer noch die meisten unserer Aktionen stattfinden, wird, ebenso auf internationaler Ebene durch die koordinierten Aktionen innerhalb eines kleinen Sektors der Arbeiterklasse, unsere Möglichkeit zur Durchführung direkter Aktionen dadurch beschränkt sein, daß sie noch kein verallgemeinertes Mittel ist. Wir werden sie manchmal anwenden können, aber nicht immer - wenn wir nicht durch die Mächte, gegen die wir aufgestanden sind, zerschmettert werden wollen. Wenn du rausgeschmissen wirst, kann ein Sitzstreik deinen Job retten. Wenn du aber der einzige bist, der sich hinsetzt, kann es u.U. eine gute Idee sein, zu einem Anwalt oder irgendeinem Gewerkschaftsbürokraten zu gehen. An diesem Punkt stellt sich übrigens die Frage, wie das Konzept der direkten Aktion mit einem anderen alten Wort im Vokabular der Kämpfe der Arbeiterklasse zusammenhängt, nämlich praktischer Solidarität. Solidarität bedeutet nicht Mildtätigkeit und kann nicht auf Selbstlosigkeit reduziert werden. Sie ist vielmehr etwas, das aus einem Verständnis von gemeinsamen Interessen entspringt. Dem alten IWW-Slogan "ein Angriff gegen Eine ist ein Angriff gegen Alle" liegt mehr als nur eine moralische Ökonomie zugrunde. Der Satz beschreibt auch eine Tatsache des sozialen Lebens.

Direkte Aktion wurde als Aktion ohne Vermittler definiert. Diese Definition benötigt Erklärung. Aus einer anarchistischen Sichtweise heraus hat direkte Aktion nicht nur etwas mit Solidarität zu tun, sondern auch mit etwas, was die Voraussetzung für Solidarität und das ihr zugrundeliegende Prinzip von direkter Demokratie ist: Nichthierarchische menschliche Kommunikation. Eine solche Kommunikation bildet die Grundlage für das, was direkte Aktion immer ist: individuelle und kollektive Stärkung der eigenen Kraft. Da die direkte Aktion immer ihr Ziel beinhaltet, finden sich in diesem selbstdefinierten Ziel auch immer die Mittel. Je deutlicher die Ziele in den Mitteln sichtbar werden, desto direkter ist die Aktion.

Protestieren gegen die modernen Päpste und Zaren

Wenn du kein Wasser hast, kann es sein, daß du einen Brunnen graben mußst und dieses Brunnengraben ist eine direkte Aktion. Es kann sein, daß du dazu die Hilfe von anderen brauchst, denen es vermutlich genauso geht, was aus der Sache eine kollektive Aktion macht. Aber innerhalb einer Klassengesellschaft liegen die Dinge meistens nicht ganz so einfach. Es kann sein, daß das Land einem auswärts lebenden Landbesitzer gehört und vermutlich wird ein Zwangsapparat zur Durchsetzung von dessen Besitzrechten existieren. Einfach hinzugehen und einen Brunnen zu graben wäre demnach illegal. Allerdings ist Illegalität nicht zwangsläufiger Bestandteil einer direkten Aktion. Kollektive Selbstschulung zum Beispiel ist eine Form von direkter Aktion, die oft - wenn nicht sogar immer - absolut legal ist.

Wir könnten uns vorstellen, daß wir, statt einen Brunnen ohne Genehmigung zu graben, einen Sitzstreik außerhalb des Wohnsitzes des Landbesitzers, des Königspalastes oder des Parlaments organisieren. Vielleicht hätten wir die Presse eingeladen und angekündigt, daß wir sitzenbleiben, bis der abwesende Landbesitzer, eine gesetzgebende Körperschaft oder sonstjemand mit Autorität uns das Recht zugesteht, den Brunnen zu bauen - oder bis wir weggetragen oder sonstwie vertrieben werden.

Das wäre sicherlich ziviler Ungehorsam, ein Rechtsbruch, aber wäre es auch eine direkte Aktion? Kaum. Wir hätten versucht, Druck auf eine Autorität auszuüben, damit sie eine Entscheidung fällt oder eine andere zurücknimmt. Damit hätten wir uns ihrer Macht oder ihrer Autorität unterworfen, eine solche Entscheidung fällen zu dürfen. Anstelle unser Ziel nur von unseren eigenen Bemühungen und Werkzeugen (die in diesem Fall Spaten und Schaufeln gewesen wären) abhängig zu machen, hätten wir die Regeln einer anderen Autorität zwischen unsere Ziele und Mittel gestellt. Damit verwandeln wir unsere Mittel, ebenso wie unsere eigene Kreativität, in Instrumente unserer eigenen Ausbeutung. Wir sind diejenigen, die diese Werkzeuge anwenden, aber nicht für unsere eigenen Pläne, Notwendigkeiten und Wünsche. Selten verwenden wir sie als Mittel von direkter Aktion. Die lohnarbeitende Köchin kocht in der Zeit, in der sie sich an eine fremde Macht verkauft hat, nicht für die Armen als Teil eines kollektiven Projekts. Stattdessen gibt sie in ihrer unentlohnten Zeit einen Stimmzettel ab, unterzeichnet eine Petition, nimmt an einer Demonstration teil, schmeißt eine Fensterscheibe ein oder bläst ein Gebäude in die Luft. Nichts davon erzeugt etwas unmittelbar Verzehrbares.

Einige versuchen, jede außerparlamentarische Aktion als direkte Aktion zu definieren, z.B. jede Demonstration auf der Straße. Aber eine Stellungnahme dazu abzugeben, daß wir irgend etwas wollen oder nicht wollen, wird keinen Berg bewegen. Wenn das alleinige Aussprechen der Worte "Stoppt die Bomben" dazu führen würde, Bomben mitten in der Luft anzuhalten, wäre die Welt ein besserer Ort. (Es ist übrigens auch nicht eben wahrscheinlicher, daß zersplitternde Fensterscheiben einen solchen Effekt hätten.)

Der Umstand, daß symbolische Aktionen und Aktionen, die ihre Effizienz aus genau der Macht, gegen die wir kämpfen, beziehen, mehr und mehr als direkte Aktionen bezeichnet werden, spiegelt unsere gegenwärtige organisatorische Impotenz, unsere soziale Zersplitterung und einen allgemeinen Mangel an Vertrauen in unsere kollektive Kraft als entlohnte und nichtentlohnte ArbeiterInnen wieder. In bestimmten Situationen können symbolische Aktionen machtvoll sein. Aber sie sollten als das betrachtet werden, was sie bestenfalls sind: Kommunikationsmittel. Ihr vielleicht darüber hinaus gehender Grad an Effizienz liegt im Wesentlichen an der Angst der Besitzer der Welt, daß ihr vielleicht direktere Aktionsformen folgen könnten. In der augenblicklichen Situation von Unorganisiertheit oder organisierter Passivität sind symbolische Aktionen oft alles, was wir haben. Aber das darf uns nicht dazu verleiten zu glauben, das sie alles sind, das wir haben können.

Oft, wie jüngst beim Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle, können wir erleben, daß Proteste, die in aufsehenerregender und manchmal gewalttätiger und zerstörerischer Weise durchgeführt werden, um die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf sich zu ziehen, als direkte Aktion bezeichnet werden. Obwohl das oft geleugnet wird, liegt die ganze Logik solcher Aktionen darin, auf die Mächtigen mittels einer vermeintlichen "öffentlichen Meinung" Druck auszuüben. Und in den Zeiten des World-Wide-Web kann sogar eine Demonstration von einigen Dutzend Leuten als ein weltweit bedeutendes Ereignis erscheinen, solange nur die Gerüchte darum breit genug verbreitet werden. Und das, obwohl du nur einige Blocks davon entfernt wohnen kannst, ohne von dem Ganzen überhaupt irgendetwas mitbekommen zu haben. Es wäre also vielleicht besser, anstelle von direkter Aktion den Begriff virtuelle oder medienvermittelte Aktion zu verwenden. Ironischerweise tendieren übrigens sowohl große Proteste, wie die in Seattle, als auch kleinere dazu, von einer Kritik an den Massenmedien

gefolgt zu werden, bei der man diesen vorwirft, die Fakten verdreht zu haben, indem sie nur über die aufsehenerregendsten Aspekte berichtet haben.

Natürlich kann man - und dies nicht ganz zu Unrecht - sagen, daß die Zerstörung von Eigentum in Seattle einen symbolischen Wert hatte, den sie aus dem speziellen Zusammenhang, innerhalb dessen sie funktionierte, bezogen hat. Ich argumentiere nicht gegen diese Aktionen, obwohl dieser Wert schnell dadurch entwertet würde, wenn das gleiche Vorgehen immer wieder wiederholt würde. Nichtsdestoweniger hatten diese Aktionen - wenn man vom symbolischen Wert absieht - keine direkte Beziehung zu dem, was sie erreichen wollten. Die Blockade des Treffens oder die Zerstörung von Eigentum waren keine Mittel, um eine unmittelbare Änderung der Handelsbedingungen, der Ausbeutung und der Unterdrückung zu bewirken. Sie haben niemanden satt gemacht, haben die Verschmutzung unserer Umwelt nicht verringert oder in sonst einer Weise das Leben der ArbeiterInnen bereichert.

Ausbeutung und Unterdrückung funktionieren immer auf eine konkrete Art und Weise. Die Realitäten dessen aber, wogegen man protestiert und die konkreten Punkte möglicher Änderungen sind den Protestierenden entglitten. Angesichts der Machtlosigkeit, unmittelbare Änderungen durchzusetzen, wurde an den Papst und den Zaren appelliert (so würden es einige weniger freundlich ausdrücken), ihre Kommandogewalt dazu zu benutzen, solche Änderungen vorzunehmen. Anstelle hinzugehen und den Brunnen zu graben, um das Wasser zu finden, wurde von den Hohen und Mächtigen verlangt, uns dazu aufzufordern dieses zu tun. Und anstelle die herrschende Ordnung davon abzuhalten, das Wasser zu verschmutzen, hat man von ihnen gefordert, Gesetze zu erlassen, die das verbieten oder sie aufgefordert keine zu erlassen, die Verschmutzung erlauben. Man appellierte an die Macht ihrer Gesetze und bat um bessere, man bat um einen Papst ohne Gott und einen Zar ohne Land, um einen Kapitalismus, in dem Geld keine Macht beinhaltet. Viele werden das für ein Mißverständnis halten: "Wir haben eine Auflösung der WTO gefordert", werden sie sagen. Aber das, selbst wenn es realistisch gewesen wäre - was es nicht wahr - hätte bestenfalls einen noch nicht ausdefinierten Satz von internationalen Gesetzen und Machtbeziehungen ersetzt durch die vorhandenen oder in Planung befindlichen. Es war eine völlig abstrakte Forderung.

Wenn es ausschließlich darum gegangen wäre, die Zusammenkunft der Delegierten der Welthandelsorganisation zeitweilig zu verhindern, dann hätten die Protestierenden Mittel eingesetzt (ihre Körper), die in Übereinstimmung mit ihren Zielen gestanden hätten. Aber war das wirklich das Ziel? Hoffentlich und wahrscheinlicher, haben sie das eher als Mittel betrachtet. In der Zeit vor dem Telegrafen und vor dem Telefon, von moderneren Kommunikationsformen ganz zu schweigen, hätten solche Mittel vielleicht einen unmittelbareren Effekt gehabt und eine wesentlich direktere Verbindung zu den Zielen. Aber heute haben solche Treffen der Hohen und Mächtigen im Wesentlichen eine symbolische Bedeutung. Die Entscheidungsfindung und Koordinierung findet anderswo statt und nicht an einem bestimmbareren Ort zu einer bestimmbareren Zeit. Ich gehe davon aus, daß die Protestierenden vorhatten, bestimmten zerstörerischen Praktiken im Zusammenhang mit der WTO ein Ende zu bereiten, ebenso wie andere, noch zerstörerische aufzuhalten und nicht nur zur reinen Behinderung des Zusammenkommens einiger Leute an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit. Wenn Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung nur in den Köpfen und in den Stellungnahmen der Mächtigen existieren würden, bräuchten wir dem nicht allzuviel Aufmerksamkeit zu schenken. Die hohen Damen und Herren wären dann auch nicht besonders mächtig.

Wenn aus jeder Gemeinde, die von der Politik der WTO (oder genauer vom globalen Kapitalismus) betroffen ist, eine Person unter den Protestierenden von Seattle gewesen wäre, wären sie am falschen Ort gewesen, um Veränderungen durch direkte Aktionen zu erreichen. Der konkrete und tägliche Ausdruck der WTO-Politik findet in den Gemeinden statt, die sie verlassen hätten. Dort wäre der Platz für eine direkte Konfrontation mit dieser Politik gewesen. Auf der anderen Seite hätte eine solche globale Versammlung als eine Gelegenheit dazu dienen

können, Aktionen überall auf der Welt zu koordinieren und weniger dazu, sich Gedanken darum zu machen, was hinter den Mauern des Kongreßgebäudes vor sich geht, in dem die WTO-Delegierten versammelt sind. So wie die Dinge liegen, waren allerdings nicht Menschen aus allen Gemeinden dieses Planeten in Seattle versammelt. Mehr noch, diejenigen, die dort zusammengekommen sind, waren exakt aus dem Grund dort (so sehr sie vielleicht auch an die Option der direkten Aktion gedacht haben mögen), daß sie (oder besser wir) unfähig sind, die Organisation auf die Beine zu stellen, die nötig wäre, um zuhause durch direkte Aktionen die WTO anzugreifen.

Eine Neubewertung von „Propaganda durch die Tat“ ...

Ein kritischer Dialog über die Suche nach Aktionsformen, die das Netzwerk von WTO, Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank ganz oder - im Moment realistischer - teilweise aushebeln könnten, ist kaum jemals angestrebt worden, trotz - oder vielleicht sogar wegen - aller Behauptungen, man bediene sich Praktiken der direkten Aktion.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Hafendarbeiter der Westküste einen politischen Streik gegen die WTO durchgeführt haben. So positiv das auch als Zeichen der kommenden Zeiten sein mag, ging es doch nicht über eine symbolische Aktion hinaus. Die Hafendarbeiter (Docker und Schauerleute) und die Transportarbeiter im Allgemeinen, sind diejenigen Lohnarbeiter mit der offensichtlich größten Fähigkeit, direkt und materiell in die Strukturen des Welthandels einzugreifen. Deswegen auch all die Versuche der letzten Jahre, ihre Kraft zu zerstören. Aber diese Arbeiter würden unter keinen Umständen in der Lage sein, eine solche Macht über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten, wenn ihre "Propaganda durch die Tat" nicht direkte Aktionen durch die entlohnten und unentlohnten Arbeiter weltweit - oder zumindest maßgeblicher Teile von ihnen - zur Folge hätten.

Der Begriff "Propaganda durch die Tat" erzeugt starke Assoziationen von Bomben, individuellen Verzweiflungstaten oder sozialer Ohnmacht. Aber er muß sich nicht auf so etwas beziehen. Wenn wir mit weltweiten Aufgaben konfrontiert sind, könnte man lokale direkte Aktionen mit dem Ziel, kleinere Veränderungen im Hier und Jetzt zu erzielen, oder internationale, die von einem kleinen Sektor der Arbeiterklasse durchgeführt werden, für nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein halten. Wenn sie aber erfolgreich sind, verbreiten direkte Aktionen eine Nachricht, die über ihre unmittelbaren Ziele hinausgeht und die die eigentliche Saat einer libertären sozialen Revolution mit sich trägt. Akte von unmittelbarer kollektiver Stärkung der eigenen Kraft neigen dazu, beispielhaft zu wirken. Sie zeigen Wege auf, die abseits von bürokratischen Vermittlern und parlamentarischer Vertretung gegangen werden können. Direkte Aktion ist immer "Propaganda durch die Tat".

... und Solidarität

Das alles bringt uns zurück zur Frage der Solidarität und nach deren Verhältnis zur direkten Aktion. Diese wurde ja als Aktion definiert, die von niemandem anderen durchgeführt werden kann. Wer sind die direkt Betroffenen und an welchem Punkt hört eine Aktion auf, eine direkte zu sein, weil sie nicht von den direkt Betroffenen durchgeführt wird? Was uns hier interessiert sind natürlich die politischen Auswirkungen der Antwort auf diese Frage. Die Befürworter der Ideologie der repräsentativen Demokratie, Sozialdemokraten und Leninisten, nehmen alle für sich in Anspruch, stellvertretend für "die Leute", im Interesse "der Leute" zu handeln. AnarchistInnen haben nicht nur immer abgelehnt, daß die Repräsentanten dieser Ideologien so etwas tun, sondern selbst die dahinter liegende Einstellung, daß sie so etwas auch nur tun könnten. Oder noch weitergehend, selbst wenn sie es könnten, würden wir für uns in Anspruch

nehmen, daß dies nicht in unserem Interesse wäre. Denn der Umstand, daß wir über uns selbst bestimmen, ist nicht mehr und nicht weniger, als die Grundlage für unsere Existenz als menschliche Wesen. Das bedeutet im Übrigen nicht, sich dem Einfluß und der Kritik anderer zu entziehen, denn ohne sie wären wir nichts.

Auf der anderen Seite halten wir unsere Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und der Solidarität hoch, daß ein Angriff gegen eine ein Angriff gegen uns alle ist und deshalb auch die Sache aller. Wir können über die absurdesten Interpretationen von Nichtvertretung hinweggehen, wie z.B. "Wenn wir eine Person ertrinken sehen, ist das nicht unsere Sorge". Ob die Rettung oder Nicht-Rettung eines Ertrinkenden als direkte Aktion definiert werden sollte, ist keine Frage von Interesse. Hier geht es nicht um philosophische Rätsel, sondern um die Grundlagen der menschlichen Emanzipation.

An dieser Stelle führt die Antwort auf unsere Frage zu einer weiteren. Wer hat die Definitionsmacht? Ich definiere die geringen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen in der Firma X, egal wo diese sich auf der Welt befindet, als meine Besorgnis. Nicht nur aus moralischen Erwägungen, sondern - in Anlehnung an Bakunin - weil in den Händen der Besitzer der Welt, die Ausbeutung und Unterdrückung der anderen zu einem Instrument meiner eigenen Unterordnung wird. Wenn man diese Erwägungen zu ihrem logischen Ende denkt, bringt uns das ganz schnell zurück zur Stellvertretung und zu aufgeklärtem Despotismus. Die Definitionsmacht muß bei den Arbeitern der Firma X liegen. Allerdings könnte ich an ihrer direkten Aktion teilhaben, wenn ich auf ihre Initiative oder durch gemeinsam initiierte Aktion zum Beispiel ihren Streik durch eine Blockade direkt unterstütze, weil wir unsere gemeinsamen Interessen erkannt haben.

Es gäbe noch eine ganze Menge, das zu diesem Punkt gesagt werden könnte. Wesentlicher ist aber seine besondere Bedeutung zu verstehen, damit eine vorgeblich direkte Aktion uns nicht auf einen Weg bringt, der uns zu Elitedenken führt und damit weg vom anarchistischen Projekt der individuellen und sozialen Emanzipation.

Wieder einmal sind wir zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Regel „je größer die Aufgabe, desto kollektiver die Aktion“ die libertäre Definition von direkter Aktion erfüllt. Wir sollten nie den Blick darauf verlieren, daß das Konzept der direkten Aktion von Menschen herrührt, die etwas aus ihrer *eigenen* Situation heraus tun. Dies ist der Grund, warum es eine so zentrale Stellung innerhalb der Tradition des Anarchismus und des revolutionären Syndikalismus einnimmt. Die direkte Aktion ist ein Ausdruck der eigenen Macht über unser Leben, unser "Empowerment". Direkte Aktionen sind einfach schon deshalb vorrangig - wenn nicht sogar ausschließlich - verknüpft mit Formen kollektiver Aktion, weil wir als ArbeiterInnen nur zusammen die Stärke haben, direkt und oft unmittelbar, unsere Lebensbedingungen zu verändern. Je weniger Beteiligte, desto symbolischer werden unsere Aktionen, könnte eine weitere Regel lauten. Sie neigen dann dazu, nicht Mittel zur sofortigen Umgestaltung von Teilen unserer Realität durch unsere eigenen Bemühungen zu sein, sondern in erster Linie der Ruf nach der Macht von anderen.

Während viele dem Trugschluß erliegen, daß wir durch direkte Aktionen der Notwendigkeit zur Organisation entfliehen könnten, ist genau das Gegenteil der Fall. Direkte Aktionen verlangen generell ein höheres Maß an Koordination. Der Grad unserer eigenen Desorganisation ist der Grad, in dem unser Leben durch andere organisiert wird. Wir sind es, die die Welt schaffen, aber wir machen das als Kollektiv (momentan unter dem Kommando und der Vermittlung der Besitzer der Welt). Deshalb sind es auch wir, die zusammen direkte, grundlegende Änderungen ohne die Vermittlung von außerhalb stehenden Kräfte durchführen können und, in letzter Instanz, die Welt und die Macht über unsere eigenen Schicksale (zurück-)erobern können.

Direkte Aktion kann als eine Art von Sprache gesehen werden. Eine Sprache der praktischen Artikulation. Als solche verfügt sie auch über eine symbolische Kraft, die weit über jede rein

symbolische Aktion hinausgeht, besonders deshalb, weil die Nachricht in den Mitteln enthalten und nicht von ihnen getrennt ist. Viel von den Gründen unserer derzeitigen Unfähigkeit, uns in direkten Aktionen auszudrücken, liegt in der immer mehr zunehmenden Arbeitsteilung innerhalb des modernen Kapitalismus. Nicht so sehr in der Teilung selbst, als in dem Mangel, diese in unseren Köpfen und durch Organisation und Aktion zu überbrücken.

Wir müssen wieder unsere Mittel mit unseren Zielen verbinden. Zurückkehren zu den Lohnstreiks, die bedeuteten und das oftmals immer noch tun, die Bosse durch Streiks dort zu treffen, wo es ihnen am meisten wehtut, bei ihren Bankkonten, indem wir ihnen unsere Arbeitskraft verweigern. Warum aber haben die Arbeiter der sich in "öffentlichem Besitz" befindlichen Straßenbahnen von Melbourne vor zehn Jahren gestreikt, indem sie - die Werkzeuge, die ihnen nicht gehören - zum Nulltarif fahren ließen, während die Bosse zurückgeschlagen haben, indem sie die Bahnen gewaltsam stillgelegt haben? Der Grund ist offensichtlich. Wie es so oft beim öffentlichen Dienst der Fall ist: die Arbeitsverweigerung der Straßenbahnfahrer hätte die Stadtverwaltung keinen Cent gekostet. Es hätte ihr sogar die Ausgaben für die Löhne der Arbeiter erspart. Kostenloser öffentlicher Nahverkehr hingegen kostete sie etwas.

Was aber noch wichtiger ist: dies war ein Ausdruck von Arbeitern, die die Werkzeuge, welche ihnen nicht gehören, verwandelt haben sowohl in Mittel für ihre eigenen Ziele, als auch für die Arbeiterklasse-Community in ihrer Gesamtheit. Was wäre geschehen, wenn alle entlohten und nichtentlohten Arbeiter von Melbourne sich nichthierarchisch organisiert hätten, um das Selbe zu tun, und sei es nur für einen Tag oder eine Woche? Das wäre ein wirklich machtvoll Symbol unserer Stärke durch direkte Aktion gewesen. Die Realität ist immer noch konkret. Das sollten wir nicht vergessen. Auch im Kampf gegen die Politik der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sollten wir nach Möglichkeiten suchen, auf lokaler und globaler Ebene die Werkzeuge, die uns nicht gehören, für unsere, durch uns selbst definierten Bedürfnisse zu benutzen.

Den folgenden Artikel über die italienischen Tute Bianche von Sandra K., ursprünglich in der italienischen anarchistischen Wochenzeitschrift „Humanita Nova“ erschienen, haben wir der Direkten Aktion Nr. 146 (Juli/August 2001) entnommen. Eingeleitet wurde er von Redaktionsmitgliedern der Direkten Aktion.

Durch ihr militantes Auftreten und ihr medienwirksames Erscheinungsbild genießen die Tute Bianche einigen Respekt unter den militanteren GegnerInnen der Globalisierung wie auch in der kritischen bürgerlichen Presse, in Europa haben sich in vielen Staaten ähnliche Gruppen gegründet. Das Auftreten der „Weißen Tüten“ täuscht allerdings über deren reformistische Forderungen und Politik hinweg, wie auch über ihren aggressiven Führungsanspruch, der sich etwa deutlich macht, wenn VertreterInnen der Tute Bianchi, wie in der taz nachzulesen war, von anarchistischen und anarchosyndikalistischen Organisationen als „Anarchostalinisten“ sprechen.

Sandra K.: Ganz in weiß – Tute Bianche: Die weißen Overalls

Den folgenden Text haben wir aus dem Englischen übersetzt, nicht vom italienischen Original. Er beschreibt ganz kurz die Geschichte der „Tute Bianche“. Zur Klärung für die deutschen LeserInnen hier eine kleine einführende Erläuterung:

Im Artikel steht: »Als Folge dieses „neuen“ politischen Kurses fand seit 1998 innerhalb der antagonistischen Bewegung ein tiefer Bruch statt ...« – diese Zäsur zu benennen, ist richtig, um die heutige zugespitzte Situation deutlich zu machen, wo sich Anarchos und *Tute Bianche* teilweise körperlich angreifen. Aber es erweckt den falschen Eindruck, früher sei das in Italien anders gewesen. Die *Tute Bianche* kommen aus einer Tradition (ihre Führer zudem größtenteils auch aus einer Organisation), in der Gewalt gegen andere Linke schon immer benutzt wurde, um die eigene Position durchzusetzen (die Organisierte Autonomie / Padua hat in den 70ern und 80ern Leute aus Demos geprügelt, Kongresse anderer linker Gruppen überfallen und Leute krankenhaushausreif geschlagen). Zweitens sind mit dem Zerfall der radikalen Linken in Italien im Großen und Ganzen drei Strömungen „entstanden“: die (im Artikel erwähnten) *Squatters* (Hausbesetzer, hauptsächlich in Turin), die nur ihr Haus sehen und einen antikommunistischen, organisationsfeindlichen Individual-Anarchismus vertreten. Andere anarchistische Gruppierungen (zu denen auch der Autor des Artikels gehört) sammeln sich um wenig überzeugende Alternativgewerkschaften. Und die dritte Strömung entstand aus einem Zusammenfließen der zu Unternehmen gewordenen sozialen Zentren mit den gewendeten Ex-Kommunisten aus Padua (von denen im Anhang viele zitiert werden); letztere haben seit ihrer Wende auf den Listen von *Rifondazione* und den *Grünen* kandidiert, sind darüber zu teilweise einflußreichen Kommunalpolitikern geworden und schlagen auf alle ein, die von Arbeiterklasse sprechen.

Demaskiert die weißen Überzieher

Die Geburt der sogenannten „Bewegung in weißen Overalls“ geht auf das Jahr 1998 zurück. Damals beschlossen diejenigen sozialen Zentren, die sich auf die „Carta von Mailand“ bezogen, sich – auch in ihrem Image – von der übrigen antagonistischen Bewegung abzuspalten, die nicht die in jenem Dokument formulierten politischen Positionen übernahm. Die „Carta von Mailand“ geht auf eine Versammlung in jener Stadt am 19. September 1998 im sozialen Zentrum Leoncavallo zurück. In der Carta scheinen verschiedene Linien zusammenzutreffen, die es innerhalb der sozialen Zentren wie dem Leoncavallo, dem „Zusammenschluß“ sozialer Zentren im Nordosten Italiens (Padua, Mestre, der Veneto usw.) und einiger in Rom (Corto Circuito, Forte Prenestino) gab. Später kamen auch Zentren in Ligurien und Marche hinzu.

Diese Linien waren nicht gänzlich homogen, aber sie hatten sich in der vorangegangenen Periode um jene Aktivisten herum entwickelt, die eine Neudefinition und eine neue politische Rolle suchten. Die Praxis wurde in Verbindung mit der institutionellen „Linken“ durchgeführt, sowie auch mit Vereinen, besonders den katholischen. Gleichzeitig waren Verhandlungen geführt worden mit Bürgermeistern – auch den rechten –, um politische Anerkennung zu erreichen. Besetzte Zentren waren mit der Begründung legalisiert worden, sie böten öffentliche Dienstleistungen und Unterhaltung an, organisiert durch soziale Kooperativen mit Verbindungen zum „Non-Profit“-Sektor.

In Mestre (Venetien) führten die Verhandlungen dazu, daß der Stadtrat das besetzte Zentrum „Rivolta“ – eine ehemalige Fabrik – für etwa 1 Mio US\$ kaufte und anschließend legalisierte. Der Kauf war aus öffentlichen Mitteln und mit Unterstützung des Benetton-Konzerns finanziert worden.

Diese politische „Wende“ – für die es Applaus sowohl von der linken Presse als auch vom Fernsehen gab – wurde dann als Konsequenz einer theoretischen Neubestimmung dargestellt: die Periode des Klassenkampfes und der kommunistischen Subversion sei zu Ende, statt dessen entdeckte man eine nicht genau definierte „Zivilgesellschaft“ als neuen Gesprächspartner. Als neues strategisches Ziel wurde eine „konfliktive Reform der Wohlfahrt“ [des Sozialstaats, sie

haben die Gewohnheit, immer nur „welfare“ zu sagen ohne „Staat“, als könne man so den Staat wegdenken; Anm. d.Ü.] ausgegeben, durchzusetzen mittels der Forderung nach universellen Rechten, in erster Linie nach einem „Bürgergeld“ [hierzulande gebräuchlicher: „Existenzgeld“].

Bei ihrer Praxis, der diese Sichtweisen zu Grunde lagen, entdeckten die sozialen Zentren der Mailänder Carta einen merkwürdigen Föderalismus. Kommunalismus und Selbstregierung nicht als radikale Alternativen für die Selbstorganisation, sondern eher als ein „neues“ Modell demokratischer Teilnahme und politischer Vertretung innerhalb von Institutionen wie etwa den örtlichen Verwaltungen. Das ging soweit, daß das Leoncavallo zur Bürgermeisterwahl in Mailand einen Christdemokraten unterstützte.

Während man sich hinter dem Banner des Neo-Zapatismus versteckte, bestand der nächste Schritt darin, dass Mitglieder dieses Bereichs auf den Listen der *Grünen Partei* oder der *Rifondazione Comunista* an Gemeinderatswahlen teilnahmen, ohne gegenüber den Mitte-Links-Regierungen auch nur etwas Opposition auszudrücken. Luca Casarini, ein Sprecher (in Wirklichkeit: Führer) der *Weißten Überzieher* wurde zum Berater von Livia Turco ernannt, der Sozialministerin, die für das Gesetz verantwortlich zeichnet, das „Konzentrations-Lager“ für Einwanderer ohne Papiere oder Aufenthaltserlaubnis, die auf die Abschiebung warten, vorsieht.

Als Folge dieses „neuen“ politischen Kurses fand seit 1998 innerhalb der antagonistischen Bewegung ein tiefer Bruch statt, bei dem auf der einen Seite die *Weißten Überzieher* sich mehr und mehr am institutionellen und sozialdemokratischen Umfeld beteiligen. Auf der anderen Seite soziale Zentren, besetzte Häuser und Erfahrungen sozialer und syndikalistischer Selbstorganisation, die ihren Bezugspunkt in der „Autonomie der Klasse“ oder den verschiedensten Ausdrücken des Anarchismus sehen, die von Besetzern bis zur *Anarchistischen Föderation (FAI)* reichen.

Bei Demonstrationen zeigten sich diese Brüche in noch üblerer Form – an der Frage des sogenannten „zivilen Ungehorsams“. Mehr als einmal wurde deutlich, daß Zusammenstöße zwischen den *Weißten Überziehern* und der Polizei vorher abgesprochen worden waren. In der Tageszeitung *Il Manifesto* wurde dies in einem Artikel von Livio Quagliata mit dem Titel „Stadtguerilla? Aber bitte...“ vom 1. Februar 2000 aufgedeckt. Desweiteren waren die *Weißten Überzieher* bei mehreren Gelegenheiten und an verschiedenen Orten (Bologna, Aviano, Treviso, Triest, Venedig, Rovigo...) verantwortlich für körperliche Angriffe, Drohungen und Denunziationen gegen Autonome, Anarchisten, revolutionäre Kommunisten und andere Teile der Bewegung für Selbstorganisation, da diese die politische Hegemonie zurückweisen, die die *Weißten Überzieher* mit Hilfe der Medien gerne der gesamten Oppositionsbewegung aufzwingen würden.

„Intellektueller“ Widerstand gegen die Globalisierung

Als prominente Vertreter eines intellektuellen Widerstands gegen die Globalisierung sind Pierre Bourdieu und Noam Chomsky zu nennen. Die Hintergründe wie auch die Handlungsweisen dieser beiden Wissenschaftler sind dabei durchaus unterschiedlich: Noam Chomsky, eigentlich Sprachwissenschaftler, ist bekennender Anarchist und als solcher u.a. Mitglied in der Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World), die maßgeblich an den Protesten in Seattle beteiligt war. Chomsky steht auf politischen Veranstaltungen als kostengünstiger Referent zur Verfügung, seine politischen Texte stehen kleinen Verlagen zur möglichst weiten Verbreitung gratis zur Verfügung.

Sein Engagement gegen eine „entfesselte“ globale Marktwirtschaft und Neoliberalismus besteht im wesentlichen im Verfassen von Texten, die den Anspruch haben, so zu informieren, daß die Thematik auch Laien verständlich wird.

Pierre Bourdieu dagegen ist von seinem eigentlichen Forschungsbereich, der Soziologie und hier insbesondere der empirischen Erforschung der Milieus, weit näher an dem Thema der GlobalisierungsgegnerInnen. Da er in seiner Analytik von Klassen spricht wie auch vom Begriff des Kapitals, lassen sich seine Forschungen an eine klassische Kapitalismuskritik anschließen und ergänzen diese sinnvoll. Bourdieu gehört zu den wenigen Intellektuellen, die auch in ihrem politischen Engagement von Klassen sprechen und die Herrschaftsfrage stellen.

In einem ähnlichen intellektuellen Milieu wie Pierre Bourdieu und die *Raisons d’agir* ist die ebenfalls in Frankreich gegründete Gruppe ATTAC („Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zur Unterstützung der BürgerInnen“) einzuordnen. Sie entstand, wie schon erwähnt, 1997/98 auf Initiative der Zeitung *Le Monde Diplomatique* und ihres Redakteurs und Autoren Ignacio Ramonet. ATTAC nahm den Vorschlag des Ökonomen James Tobin auf, Währungs- und Finanztransaktionen zu besteuern. Mittlerweile haben sich europaweit lokale ATTAC-Gruppen gegründet und miteinander vernetzt.

Die Initiativen der *Raisons d’agir* und ATTAC ähneln sich insofern, als daß sie beide sozialdemokratische und links-keynesianische Ziele verfolgen. Im Gegensatz zu ATTAC setzt erstere jedoch eine Klassenanalyse voraus, wie Pierre Bourdieu sie entwickelt hat.

Pierre Bourdieu und die Raisons d’agir

Pierre Bourdieu ist einer der wohl am meistzitiertesten und herangezogensten intellektuellen Gegner der Globalisierung.

Neben Schriften zum Thema Globalisierung ist es Bourdieu ein Anliegen, eine „unheilvolle“ Spaltung zwischen Wissenschaftlern und Aktivisten zu verhindern. Nach der Publikation seines Aufsatzes „Gegen die Politik der Entpolitisierung: Die Ziele der europäischen Sozialbewegung.“ reiste er im Sommer 2000 mit diesem Anliegen durch die Bundesrepublik. Er beteiligte sich an den sozialen Protesten in Frankreich um den „Bauernführer“ José Bové und solidarisierte sich 1995 mit der französischen Streikbewegung. Im Zuge dieser Streikbewegung gründete sich um Pierre Bourdieu die Gruppe *Raisons d’agir* („Gründe zu handeln“).

Auch wenn Bourdieu markige Sprüche benutzt, wie das Verlangen, eine „syndikalistische Bewegung“ in den europäischen Gewerkschaften zu schaffen, ist nicht zu verkennen, daß er letztendlich ein sozialdemokratischer Reformist ist. Die Verwendung des Begriffes des Syndikalismus ist auf die französische Tradition dieses Begriffes zurückzuführen. Sein Ansinnen liegt im weitesten Sinne in einer klassisch sozialdemokratischen Tradition, so betont er z.B. die Notwendigkeit eines Sozialstaates und betont hier das Modell des Arbeitsschutzes und der Mitbestimmung. Immerhin spart er dabei nicht mit Kritik an den sozialdemokratischen Parteien und betont ebenfalls, daß niemand den Staat so wolle, wie er heute existiert.

Auch wenn Bourdieu alles andere als ein Revolutionär ist – in einem Interview, das er dem Spiegel gab, distanzierte er sich sehr eindeutig von „Anarchisten, Hooligans und roten Extremisten“ – so ist es doch auch für uns sinnvoll, sich seine Konzepte näher zu betrachten: Als AnarchosyndikalistInnen ist es auch unser Bestreben, eine starke, internationale Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, auch wenn wir die Chance für eine solche nicht in den bestehenden reformistischen Gewerkschaften sehen und unsere Ziele weit über jene Bourdieus

hinausgehen mit einer vollständigen Überwindung des Kapitalismus und des Staatssystems. Auch die Vernetzung zwischen kritischen TheoretikerInnen und sozialen Bewegungen ist in diesem Kontext wichtig. Nicht zuletzt ist zu beachten, daß Bourdieu einer der wenigen ist, der noch heute von Klassenwidersprüchen redet und damit mit seiner soziologischen Theorie den Hintergrund für einen Klassenkampf liefert, wie wir ihn von unten führen wollen.

Im Folgenden dokumentieren wir einen Artikel von Eric Krebbers aus der Direkten Aktion Nr. 145 (Mai/Juni 2001) zu der Gruppe ATTAC. Im Zuge des Medienrummels um die „GlobalisierungsgegnerInnen“ ist diese Gruppe zu den VorzeigekritikerInnen geworden, gerade auch um, nach dem alten Motto „Teile und herrsche“ eine Abgrenzung zu angeblichen „Krawalltouristen“ u.ä. zu konstruieren.

Wir teilen die im Folgenden geäußerte Kritik an der schwerpunktmäßigen Politik von ATTAC wie auch an dem dahinterstehenden Glauben, der Kapitalismus sei reformierbar. Dennoch ist auch zu beachten, daß es sich bei ATTAC um eine heterogene Gruppe handelt, mit der unseres Erachtens eine punktuelle, lokale Zusammenarbeit durchaus sinnvoll sein kann. Durchaus lobenswert etwa ist die Stellungnahme von ATTAC Deutschland zu den Ereignissen in Genua, in der die Organisation die Forderung nach einer Distanzierung von angeblich „gewaltbereiten“ Gruppen von sich weist und damit der Spaltungsfalle entkommt.

Der Artikel bezieht sich insbesondere auf ATTAC in den Niederlanden, kann aber auch internationale übertragen werden.

Eric Krebbers: ATTACs offene Flanke: Die VorkämpferInnen für die Tobin-Steuer – Gegner oder Stützen des Kapitalismus?

Auf Betreiben u.a. von „Le Monde Diplomatique“ wurde in Frankreich 1998 die Organisation ATTAC gegründet. ATTAC macht sich stark für eine „Tobin-Steuer“, die auf die internationalen Kapitalströme erhoben werden soll. Der nachfolgende Artikel kritisiert Theorie und (Bündnis)-Politik von ATTAC, die es mittlerweile in mehr als 20 Ländern gibt. Im November 1999 wurde in den Niederlanden ein Ableger der französischen Organisation ATTAC gegründet. Durch die Einführung einer „Tobin-Steuer“ soll der „Fluß von spekulativem Kapital“ beschränkt werden. In den meisten linken Zeitungen der Niederlande (mit Ausnahme von *DusNieuws*) wurde die Initiative ohne viel Kritik begrüßt. In anderen Ländern jedoch gibt es eine breitere Diskussion um die Analysen und Ziele von ATTAC. ATTAC ist eine französische Abkürzung für „Aktion für eine Steuer auf finanzielle Transaktionen zugunsten der Bürger“. Die Organisation will eine „Tobin-Steuer“ von 0,5 Prozent auf alle Transaktionen der internationalen Geldmärkte einführen, um „den Fluß von spekulativem Kapital zu behindern“. ATTAC wurde 1998 als Reaktion auf die Asienkrise gegründet. Mittlerweile gibt es Ableger in mehr als 20 Ländern. Die holländische Filiale residiert in den Büroräumen des XminY-Fonds, der Präsident von ATTAC-Niederlande, Hans van Heijningen, ist gleichzeitig auch der Koordinator von XminY. Auf dem ersten Treffen war u.a. die französisch-amerikanische Politikwissenschaftlerin Susan George anwesend, die Vizepräsidentin von ATTAC-International und stellvertretende Direktorin des Transnationalen Institutes (TNI) ist, das sich ebenfalls in den Büros von XminY befindet.

Politische Ökonomie

Ökonomie ist keine neutrale Wissenschaft. Es ist immer eine politische Entscheidung, welches Modell man zum Verständnis ökonomischer Prozesse wählt. Das ziemlich einseitige Interesse, das ATTAC und viele andere Gegner der „ökonomischen Globalisierung“ für das „spekulative Kapital“ an den Tag legen, geht Hand in Hand mit den weitgehend quantitativen ökonomischen Modellen, die heutzutage so sehr in Mode sind. Es wird nur denjenigen Wirtschaftssektoren Aufmerksamkeit gezollt, in denen eine große Menge Geld umläuft. Die ArbeiterInnen der armen

Länder des Südens zum Beispiel, erhalten in der Regel einen sehr geringen Lohn und ihr Beitrag zur Weltwirtschaft wird deswegen von den Ökonomen im Regelfall als sehr gering angesehen. Ähnliches gilt für illegalisierte MigrantInnen und Flüchtlinge. In niederländischen Gefängnissen erhalten sie weniger als einen Dollar Stundenlohn. Dennoch ist ihre Arbeit unverzichtbar für eine ganze Anzahl von Sektoren der niederländischen Wirtschaft. Auf Basis des selben Modells meinen rechte Historiker nachweisen zu können, daß 500 Jahre Kolonialismus nahezu keine Auswirkungen auf den Wohlstand der Kolonialmächte hatten. In der Tat waren die Kosten der gestohlenen Rohmaterialien und der (Sklaven-)Arbeit fast nichts verglichen mit den Preisen, die daraus in den kolonialen Metropolen erzielt wurden. Aber ohne die Jahrhunderte von Sklavenarbeit und des Diebstahls wäre der Kapitalismus nicht dort, wo er heute steht. Das quantitative ökonomische Modell verweigert den Ausgebeuteten und Unterdrückten jedoch schlichtweg einen Platz in der Geschichte und all das, was existiert, wird dem reichen „weißen Mann“ zugeschrieben. Auf die gleiche Weise fällt die sehr schlecht oder gänzlich unbezahlte Reproduktionsarbeit, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird, unter den Tisch. Ebenso wenig berücksichtigt das quantitative Modell die durch die Natur verrichtete „Arbeit“ und deren Zerstörung. Moderne quantitative Modelle sind deshalb schon fast per Definition rassistisch, patriarchalisch und anti-ökologisch. Sie verschwenden keinen Blick auf die Basis, die der gesamten Struktur des Kapitalismus zugrunde liegt. Auf der anderen Seite wird die Bedeutung des „spekulativen Kapitals“ für gewöhnlich maßlos überbewertet. Jeden Tag wechseln schätzungsweise 1.500 Milliarden Dollar mehrmals täglich an den Börsen der reichen Länder den Besitzer. In der Tat eine gewaltige Summe. Die deutschen Autoren Thomas Ebermann und Rainer Trampert beispielsweise haben aber nachgewiesen, daß der Anteil an „spekulativem Kapital“ zwar langsam wächst, daß aber nicht weniger als 90 Prozent des Kapitals weiterhin fest in den reichen Ländern gebunden sind. Deshalb ist es ihrer Einschätzung nach eine rein politische Entscheidung, die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die restlichen 10 Prozent zu richten.

Wie entstehen Krisen?

Die vorherrschenden rechten Modelle sehen einen wesentlichen Grund für ökonomische Krisen beim „spekulativen Kapital“. Folgt man ATTAC-Niederlande, liegt der wesentliche Grund für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für Flexibilisierung, Entlassungen und Einschränkungen der Sozialsysteme am freien Fluß des Kapitals. Die britische EarthFirst! interpretiert das genau anders herum. Die Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Verschlechterung der Bedingungen führten dazu, daß das Kapital woanders hin flüchtet. „Hinter dem Gerede von der 'monetären Instabilität', schlechten Löhnen und Handelspraktiken und der Warnungen von Finanzexperten wie George Soros über die gefährliche Verletzbarkeit der Finanzsysteme liegt die Realität, daß die letztendliche Ursache für die gegenwärtige Krise nicht die Fehler von Banken und Spekulanten sind, sondern die Verringerung der Profite durch die Klassenkämpfe“. Die Krise in Mexiko, so – EarthFirst! – wurde durch den zapatistischen Aufstand hervorgerufen und die Asienkrise, die zur Gründung von ATTAC führte, durch eine Serie von Generalstreiks durch die koreanischen ArbeiterInnen, die die weitere Intensivierung ihrer Ausbeutung blockierten. Das Modell, das von ATTAC bevorzugt wird, legt sein Schwergewicht auf die Zirkulation von Geld zwischen den Reichen. Das macht es unmöglich, irgendeinen Widerstand von unten wahrzunehmen. ATTAC kann deshalb der Linken keine wirkliche Aktionsperspektive anbieten, so sehr ihr Präsident Van Heijningen auch davon träumt, daß seine Organisation zu einer „antikapitalistischen Volksbewegung“ anwachsen könnte. Sein Modell hat einfach keinen Begriff davon, daß ökonomische Veränderungen durch einen Kampf zwischen oben und unten entstehen. Es kann beispielsweise Flexibilisierung nur als etwas interpretieren, daß in Krisenzeiten den machtlosen Massen aufgezwängt wird. In Wahrheit aber kann jede „kapitalistische Strategie nur erfolgreich sein, wenn sie etwas aufgreift, das im Verhalten der

ArbeiterInnen bereits angelegt ist: Die Weigerung von der Ausbildung bis zur Rente in die Gewißheit eines Vollzeitjobs eingezwängt zu sein, wurde auf diese Weise in die Flexibilisierung der Arbeit umgemünzt“, schreibt die deutsche Gruppe Wildcat.

Die dicken Zigarrenraucher

Durch die Fixierung auf das „spekulative Kapital“, „sind nicht länger die Produktionsprozesse und die Akkumulation von Kapital im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern Clubs einflußreicher Männer (und einiger Frauen), die untereinander und hinter verschlossenen Türen die Zukunft der Welt aushandeln“, schrieb Alain Kessi in der deutschen Wochenzeitung Jungle World. Aber, so EarthFirst!, „die Gesetze des Profits haben nichts zu tun mit den Handlungen einiger weniger großer Kapitalisten oder multinationalen Firmen und der Kampf, um die Welt, die wir uns wünschen, bedeutet nicht, daß wir uns auf dicke Zigarrenraucher stürzen, die bei Pferderennen Melonen auf dem Kopf tragen. Worauf es ankommt, sind nicht die individuellen Profite der Kapitalisten, sondern die Orientierung auf Produktion und Gesellschaft dieses Systems, das uns diktiert, wie wir zu arbeiten und was wir zu konsumieren haben. Die ganze Demagogie über Reich und Arm, 'große und klein' trägt lediglich zur Verwirrung bei. Die Abschaffung des Kapitalismus bedeutet nicht, den Reichen ihr Geld wegzunehmen, ebensowenig, wie es revolutionär an die Armen umzuverteilen, sondern die Abschaffung der Gesamtheit von Geldbeziehungen“. Der Kapitalismus ist ein soziales Verhältnis zwischen allen Menschen, welches die Mehrheit dazu zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen um zu überleben. Das Bild einer kleinen Elite von Spekulanten gegen den Rest der Menschheit, drängt lediglich die Wahrnehmung aller anderen (ökonomischen) Machtbeziehungen in den Hintergrund. In der Realität profitieren die meisten Einwohner des reichen Westens von der billigen Arbeit der Leute im Süden. Und die meisten Männer profitieren von der kostenlosen Reproduktionsarbeit der Frauen. Eine antikapitalistische Analyse, die sich auf das „spekulative Kapital“ beschränkt, ist blind gegenüber Patriarchat und Rassismus und wird unweigerlich zur Stabilisierung der Machtverhältnisse beitragen.

Le Monde diplomatique

Die meisten Leute, die an der Initiative zur Gründung von ATTAC beteiligt waren, kommen aus den trotzkistischen und traditionell linken Szenen und viele von ihnen arbeiten für die französische Monatszeitung „Le Monde diplomatique“ (Die bei uns als Beilage zur TAZ erscheint – Anm. d. Red.). Ihre Pläne zur Besteuerung des Kapitalflusses erhalten breite Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Das fing an mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Mitterand. Dazu gesellten sich schnell Jacques Delors (Ex-Präsident der Europäischen Kommission), Boutros-Ghali (ex-UN-Generalsekretär), Barber-Conable (Ex-Präsident der Weltbank), Alan Greenspan (US-Notenbankpräsident) und der Spekulant George Soros – um nur einige zu nennen. Sie alle sind für eine solche Steuer. Alle politischen Parteien des niederländischen Parlamentes mit Ausnahme der liberalkonservativen VVD unterstützen diesen Plan. Im Oktober 1999 sagte der niederländische Premierminister Kok: „Menschen mit Kapital spekulieren zu viel und sind zu wenig Unternehmer.“ Seinen Worten zufolge leben wir auf „einer Art Vulkan“. Van Heijningen und seine Kollegen unterstützten ihn und forderten, daß er mehr tun müsse, als uns lediglich zu warnen. Es sei „an der Zeit, daß unsere Regierung ihre Stimme erhebe für ein Kontrolle der Kapitalflüsse auf der Erde“.

Staatsbefürworter

Eine etwaige „Tobin-Steuer“ würde von Staaten oder Staatengruppen, die mit der UN oder dem Internationalen Währungsfonds kooperieren, eingetrieben werden. Viele linke Gruppen in Frankreich sind nicht besonders glücklich darüber, daß ATTAC sich dermaßen zum Staat

hingezogen fühlt. Nach den Worten von Michel Sahuc von der Gruppe „La Sociale“ beispielsweise, ist die „Tobin-Steuer“ besonders attraktiv für den Teil der Elite, der nach Wegen zur Besänftigung der sozialen Spannungen sucht“. Die Steuer ist nicht mehr als eine winzige Änderung des Systems und sie würde lediglich einen unmerklich kleinen Teil der Profite umlenken. „Die Steuer ist purer Kapitalismus. Sie bedeutet nicht nur, die Finanzspekulation zu akzeptieren, sondern auch die Profite, die Ausbeutung und die ökonomische Ungleichheit. Sie gibt vor, eine Geste im Namen der Gerechtigkeit zu sein, ist in Wirklichkeit aber lediglich ein Kontrollmechanismus im Dienste des Kapitalismus.“ Ähnlich denken die AnarchistInnen von der belgischen Alternative Libertaire : „ATTAC ist nicht antikapitalistisch, sondern für die Regulation des Kapitalismus. Sie glauben, Staaten wären für das Gemeinwohl geschaffen worden und seien jetzt Opfer einer Konspiration von multinationalen Konzernen geworden, die ihnen ihre Macht gestohlen hätten.“. In Wahrheit sind Staaten keine Schöpfungen im Interesse eines „Gemeinwohls“, sondern wurden geschaffen, um für die bestmöglichen Ausbeutungsbedingungen für das Kapital auf ihrem Territorium zu sorgen. ATTAC scheint tatsächlich zu glauben, daß die Einkünfte aus einer etwaigen „Tobin-Steuer“ den Armen zugute kämen. Laut Alternative Libertaire verfolgt ATTAC im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen will es die Regierungen ermuntern, an ihrer Macht festzuhalten und soziale Explosionen zu vermeiden. „Das bedeutet die Schaffung neuer Instrumente, um die barbarischen Veränderung durch den Kapitalismus zu regulieren und deren Schutz vor radikaler Unruhe durch eine Opposition, die das Ergebnis dieser Veränderungen sein könnte. Sie sagen das sogar selbst; es geht, bei dem, was sie tun, um Antworten auf zwei Probleme: die soziale Implosion und die politische Hoffnungslosigkeit“. Alternative Libertaire schreibt, daß ATTAC nie das Profitprinzip oder die ungleiche Verteilung des Wohlstandes problematisiert habe. Ganz im Gegenteil, stellen die AnarchistInnen fest: „die 'Tobin-Steuer' stabilisiert die Ausbeutungsbeziehungen, die durch die globalen Finanzabenteuer bedroht werden“. Undemokratisch? Kein Problem! ATTAC kämpft nicht für Veränderungen von Unten, ganz im Gegenteil, sie bevorzugen „die Verstärkung der nationalen oder regionalen Staaten, damit diese ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik besser gestalten können“. Ob diese Staaten in irgendeiner Form „demokratisch“ sind, scheint ATTAC nicht weiter zu interessieren. So Jantien Meijer in der niederländischen Zeitschrift *Dusnieuws* über die Politik einer Reihe asiatischer Staaten, die ihre Grenzen für ausländisches Kapital schließen wollen: „Diese Politik basiert natürlich nicht auf jedweder Art wunderschöner demokratischen Prinzipien, es geht nur um den Schutz der Elite (...) Aber ich finde es dennoch inspirierend, wenn weniger mächtige Länder solche Dinge tun“. ATTAC differenziert deutlich zwischen Staat und Kapital und sagt, daß sie die Staaten dazu bewegen wollen, sich vor dem Kapital zu schützen. In Wirklichkeit aber durchdringen sich beide vollständig. Die Gruppe der französischen Federation Anarchiste aus Nantes meint dazu, es sei „nicht nur pervers, sondern sogar extrem gefährlich, wenn ATTAC in ideologischer Weise versucht, Staat und Kapital voneinander zu trennen“. Michel Sahuc ist nicht überrascht von ATTACs seltsamer Wahrnehmung von Staat und Kapital, weil seiner Meinung nach die „Tobin-Steuer“ nichts anderes ist, als ein weiteres Projekt der traditionellen staatsorientierten Linken. Sie seien eine Strömung von Technokraten und Politikern, die traditionell im Dienst der nationalen Bourgeoisie stehen. „Paßt auf!“, warnt er uns, „wir begeben uns auf ein gefährliches Terrain, weil es keine klaren Grenzen zwischen dieser Art von Linken und dem Faschismus gibt“. Das europäische Parlament In Deutschland gibt es eine große Zahl von Gruppen, die sich gegen die Basis von ATTAC, einseitige Aktionen gegen das „spekulative Kapital“ wenden. Der Gruppe Demontage zufolge haben solche Überlegungen „eine offene Flanke gegenüber antisemitischem Antikapitalismus, im Sinne einer Projektion auf das fremde, heimatlose Kapital, auf 'die Juden'“. Mehr über diese offene Flanke kann in Artikeln, die in „de Fabel van de illegal“ über das Thema der Neuen Rechten und der internationalen Bewegung gegen die „Globalisierung“ erschienen sind, nachgelesen werden. So ist es kein Wunder, daß sich auch die extreme Rechte für die „Tobin-Steuer“ interessiert. Als es im Januar 2000 den Vorschlag gab, die „Tobin-Steuer“ auf

die Tagesordnung des Europäischen Parlamentes zu setzen, wurde dieser Antrag nicht nur von Sozialisten, Kommunisten und den grünen Parteien unterstützt, sondern auch von der extremen Rechten, wie z.B. der Fraktion um Pasqua und De Villiers, den geistigen Brüdern von Le Pen. Eine kleine linke Partei aus Frankreich enthielt sich der Stimme, weil der Vorschlag in ihren Augen „eine Lobeshymne auf die Marktwirtschaft“ war. Letztlich scheiterte der Antrag am Widerstand der sozialdemokratischen und konservativen Parteien, die dagegen stimmten.

Verschörungstheorien Die Vize-Präsidentin von ATTAC-International, Susan George, schrieb 1999 das Buch „Der Lugano-Bericht“. Es ist ein erfundener Bericht, vermutlich verfaßt von einer geheimen Gruppe von Top-10-Wissenschaftlern, die sich in der schweizer Stadt Lugano trafen. Sie arbeiten für die Finanzelite, die – so das Buch – im Geheimen die Welt regiert. Die Wissenschaftler geben im Buch Empfehlungen, wie die Krise des Kapitalismus beendet werden könnte. Sie schlagen u.a. vor, die Zahl der Menschen in den armen Ländern drastisch zu reduzieren. Es scheint, als wolle George zuallererst ihre LeserInnen erschrecken. Obwohl sie betont, daß der gesamte Inhalt des Buches ihrer eigenen Feder entstammt, scheint es so, als glaube sie tatsächlich, die Welt würde von einer kleinen Elite regiert, die sie „nicht namentlich nennen wolle, um juristischen Schritten zuvorzukommen“. Obwohl Susan George der Linken entstammt und es sicherlich gut meint, werden die Ideen des Buches viele AntifaschistInnen an die „Protokolle der Weisen von Zion“ erinnern. In jenem Machwerk kann man ebenfalls einen erfundenen Bericht eines Treffens „weiser“ und reicher Männer – in diesem Falle Juden – nachlesen, die darüber diskutieren, wie sie die Weltmacht ergreifen könnten. Die „Protokolle“ wurden von den Nazis als Legitimation benutzt. Der Lugano-Bericht ist ganz sicher nicht antisemitisch und er schreibt in keiner Weise gegen „die Juden“. Leider aber unterscheidet sich die Analyse der Machtprozesse in der Welt sehr wenig von den „Protokollen“. Inzwischen scheint sich die Aufmerksamkeit der Linken zu verschieben. Weg von Klassenkämpfen und dem Kampf gegen Rassismus und Patriarchat, hin zum Kampf gegen eine vermutete kleine und exklusive Spekulantenelite. Eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten dabei wird immer wahrscheinlicher. Und sogar noch wahrscheinlicher, wenn apokalyptische Weltsichten, wie wir sie in der Bewegung gegen die „Globalisierung“ erkennen können, unter dem Motto „Jetzt oder Nie!“ noch weiter um sich greifen. Mit den Worten von Susan George: „Ein Freund von mir sagte, als er die Streitigkeiten zweier französischer Bauernverbände über eine relativ unbedeutende Frage sah: ‚Rechte Bauern, linke Bauern, wen stört das schon? Bald wird es überhaupt keine Bauern mehr geben!‘“ George ist sich bewußt, das eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten gefährlich ist. Aber, so behauptet sie, diese sei dennoch notwendig. „In den USA waren die vereinten Kräfte der Rechten und der Linken notwendig, um die ‚Fast-Track-Autorität‘ für den Präsidenten zu Fall zu bringen (das Recht, Freihandelsverträge ohne Zustimmung des Kongresses gesetzeswirksam zu machen)“. „Macht uns eine solche Zusammenarbeit etwa ebenfalls zu Faschisten?“, fragte George „de Fabel“ rhetorisch, nachdem sie von unserer Kritik gehört hatte. Das würden wir nicht behaupten, es ist allerdings ebensowenig antifaschistisch. Wir können in keiner Weise erkennen, daß uns die Zusammenarbeit mit Faschisten einer freien und gleichen Welt irgendwie näher bringen würde.

Anarchosyndikalismus international: Widerstand unsererseits

Als AnarchosyndikalistInnen sind wir GegnerInnen des Staates und des Kapitalismus. Beides wird durch den Prozeß der Globalisierung gestärkt, daher ist es nötig, daß wir uns mit diesem Thema befassen und uns in den Widerstand integrieren bzw. eigene Perspektiven eines Widerstandes gegen die Globalisierung erarbeiten.

Nicht immer ist es nötig, hierfür neue Strategien und Strukturen zu schaffen. Der gewerkschaftliche Kampf, den wir führen wollen, ist keineswegs neu: Wie in der Globalisierung eine Fortsetzung des Kapitalismus unter radikalisierten und globalisierten Umständen stattfindet, so muß sich auch eine Gewerkschaftsbewegung radikalisieren und globalisieren – und dabei basisorientiert bleiben.

Innerhalb der anarchosyndikalistischen Bewegung gibt es zwei schon bestehende Möglichkeiten, an denen anzusetzen ist.

Zum einen ist dies der internationale Zusammenschluß der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, der IAA (Internationale Arbeiter-Assoziation). 1922 gründete sich diese Internationale bewußt unter dem Namen der Ersten Internationale als Gegenbewegung zur parteizentrierten kommunistischen Komintern und der RGI (Rote Gewerkschafts-Internationale) und besteht als solche bis heute. Sie stellt eine Chance für eine internationale Vernetzung eines Globalisierungswiderstandes unter AnarchosyndikalistInnen dar.

Die zweite Möglichkeit besteht in den informellen Treffen von AnarchosyndikalistInnen, AnarchounionistInnen und revolutionären SyndikalistInnen, die zu einem Meinungsaustausch der Basis seit 1999 jährlich zusammentreffen.

Zum ersten mal lud die IWW (Industrial Workers of the World) der USA 1999 zu dem „I'99“ (International 1999) in San Francisco ein. Dieses Treffen hatte den Anspruch, sich unter allen anarchosyndikalistischen Gewerkschaften und Organisationen auszutauschen, gleich ob Mitglied der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) oder nicht. Hier sollten keine Entscheidungen getroffen werden, sondern es ging darum, sich kennenzulernen und Ideen und Konzepte zu diskutieren, und zwar unter der Basis, nicht unter offiziell Delegierten.

Ein Nachfolgetreffen fand um den 1. Mai 2000 in Paris statt, organisiert von der CNT-Vignoles (Confédération Nationale des Travailleurs). Höhepunkt war eine anarchosyndikalistische Demonstration am 1. Mai, an der ca. 5000 Personen teilnahmen. Schon hier bot die SAC an, in Göteborg das nächste Treffen dieser Art auszurichten. Während die Medien in Schweden wie überall vorrangig über „Internationalen Krawalltourismus“ berichteten, fand auch hier ein mehrtägiger syndikalistischer Kongress statt. Diese junge Tradition wird fortgesetzt werden.

Vorrangig aktiv sind die anarchosyndikalistischen Organisationen jedoch auf Basis der einzelnen branchenspezifischen Syndikate und auf der lokalen und regionalen Ebene, also an der Basis. Auch hier ist ein Widerstand gegen die Globalisierung möglich und sinnvoll: Jeder einzelne Arbeitskampf stellt heute einen Widerstand gegen den globalisierten Kapitalismus dar, die lokalen Auswirkungen der neoliberalen Ideologie sind unverkennbar und liefern einen Ansatz für lokalen Widerstand.

Das heißt nicht, das nicht auch AnarchosyndikalistInnen an globalen Massenprotesten teilnehmen, der Schwerpunkt eines anarchosyndikalistischen Widerstandes gegen die Globalisierung sollte jedoch woanders liegen.

Eine Neue Soziale Bewegung?

Die GlobalisierungsgegnerInnen sind im Begriff, eine Neue Soziale Bewegung in einer Tradition der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 60er Jahren zu werden. Die Unterschiedlichkeit der GlobalisierungsgegnerInnen in Zielen und Mitteln, das Spektrum, das von Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten bis zu Umweltschützern, Gewerkschaftern und christlichen Gruppierungen reicht, ist kein Widerspruch zu dieser These, sondern gerade ein Hinweis darauf,

denn eine Bewegung zeichnet sich, im Gegensatz zu einem festen Bündnis, durchaus durch ihre Unterschiedlichkeit aus.

Neue Soziale Bewegungen definieren sich dadurch, daß sie keine materiellen Ziele haben. Bei dem Thema der ökonomischen Globalisierung mag diese Definition absurd erscheinen, da es im wesentlichen um materielle Güter geht. Dies ist es jedoch, was GegnerInnen der Globalisierung kritisieren. Die Einhaltung von Menschenrechten, die Werte der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit an sich und eine immaterielle Ethik sind Motivationen der GlobalisierungsgegnerInnen. Oft genug ist es aber auch die eigene ökonomische Situation, die motivierend wirkt.

Ein „Wir“-Bewußtsein der GlobalisierungsgegnerInnen manifestiert sich in einer Identität, die durch Abgrenzung von der neoliberalen Wirtschaftspolitik definiert wird. Oftmals ist dieses gemeinsame Bewußtsein aufgrund verschiedener Strategien, wie wir sie erläutert haben, noch nicht ausgeprägt. Gerade die Massenproteste gegen die supranationalen Institutionen sind es, die ein solches Bewußtsein prägen. Unter den GlobalisierungsgegnerInnen, die an diesen Massenprotesten teilnehmen, besteht dennoch oftmals ein Abgrenzungsbedürfnis untereinander, wenn es etwa darum geht, sich von gewaltbereiten Demonstranten zu distanzieren.

Eindeutiger ist das gemeinsame Anliegen der GlobalisierungsgegnerInnen zu fassen: Schon der Begriff alleine impliziert das gemeinsame Interesse.

Weitere klassische Merkmale sozialer Bewegungen können bei den GlobalisierungsgegnerInnen diagnostiziert werden: Sie suchen als Verbündete eher die öffentliche Meinung als die Staatsmacht, werten bürokratische Entscheidungsprozesse und Repräsentation ab und setzen statt dessen auf direkte und basisdemokratische Entscheidungs- und Beteiligungsformen.

Einen wesentlichen Unterschied zu den „traditionellen“ Neuen Sozialen Bewegungen und damit einen neuen Aspekt stellt die internationale Zusammenstellung und Zusammenarbeit, die aus dem gewählten Thema resultiert, der GlobalisierungsgegnerInnen dar. In dieser „Globalisierung von unten“ liegt eine wesentliche Chance des Widerstands. Als weiterer Unterschied ist die Nichtbegrenzung auf ein Thema zu benennen: Die GlobalisierungsgegnerInnen sind nicht, wie die Neuen Sozialen Bewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre, auf ein Thema wie zum Beispiel die Atomenergie beschränkt, sondern beschäftigen sich neben Ökonomie auch mit anderen Themen wie Rassismus, Ökologie oder geschlechtlicher Gleichberechtigung. Ein Vorteil der GlobalisierungsgegnerInnen gegenüber den Neuen Sozialen Bewegungen klassischer Art ist das Erkennen und Ansprechen weiterer politischer Zusammenhänge. Hier ist eine wesentliche Chance zu sehen.

Die Definition des Staatslexikons (das gar nicht so bescheuert ist, wie sein Name klingt) von neuen Sozialen Bewegungen liest sich wie eine Definition der GlobalisierungsgegnerInnen:

„In den Leitbildern und Einstellungen, die [...] zum Tragen kommen, sind Elemente einer mit der herkömmlichen industriellen Arbeits- und Leistungswelt unvereinbaren Verhaltensethik erkennbar. Das Ethos der Leistung, der Konkurrenz und des wirtschaftlichen Wachstums wird durch ein Ethos des sozialen Wohlbefindens, der immateriellen Lebensqualität, der humanen Zutraglichkeit und der Verantwortung auch für kommende Generationen ersetzt.“

Das Staatslexikon sieht hier schon 1988 mit Blick auf die diversen Neuen Sozialen Bewegungen einen „Fundamentalkonflikt“ zwischen „ökonomisch-technischem Wachstum und humaner Lebensqualität.“

In diesem Sinne kann die Bewegung der GlobalisierungsgegnerInnen einerseits und die ökonomische Entwicklung, die als „Globalisierung“ bezeichnet wird, andererseits, als letztendliche Konsequenz eines solchen Konflikts verstanden werden. Folgen wir der Analyse

des Staatslexikons, war eine solche Eskalation des genannten Fundamentalkonflikts wahrscheinlich. Mit dieser wissenschaftlichen Beschreibung harmoniert die Absichtserklärung der EZLN zu demselben Thema:

„Das internationale Netz des Widerstands strebt danach, mit anderen Widerständigkeiten aus aller Welt zusammenzukommen, indem es Unterschiede anerkennt und Gemeinsamkeiten erkennt. Dieses internationale Netz des Widerstands ist das Mittel, mit dem sich die verschiedenen Widerständigkeiten unterstützen. Dieses interkontinentale Netz ist keine organisatorische Struktur, es besitzt weder ein Leitungs- noch ein Entscheidungsgremium, es besitzt weder eine zentrale Befehlsgewalt noch Hierarchien. Das Netz sind wir alle, die wir Widerstand leisten.“

Dieses Statement referiert nicht nur einen Teil der oben genannten Aspekte einer Neuen Sozialen Bewegung, es verdeutlicht auch den Anspruch, als Bewegung in den Fundamentalkonflikt einzugreifen.

Unter diesem Aspekt sind die GlobalisierungsgegnerInnen gewissermaßen als die legitimen Erben der Neuen Sozialen Bewegungen anzusehen. Würden sie ihre Ziele jedoch konsequent weiterverfolgen, müßten sie allesamt zum bestehenden kapitalistischen System in einem vehementeren Widerspruch stehen, als sie es heute zu einem großen Teil, dies gilt etwa sowohl für ATTAC wie auch für die Tute Bianchi, tun.

Spaltungslinien

Auch wenn sich, wie wir meinen, Argumente dafür finden, in den GlobalisierungsgegnerInnen eine neue soziale Bewegung zu sehen, heißt das nicht, daß sich die GlobalisierungsgegnerInnen selber als eine solche begreifen. Selbst der von den Medien erfundene Begriff wird oftmals abgelehnt, und es gibt durchaus gute Argumente dafür, dies zu tun.

Viele der Menschen, die sich an Protesten gegen die Globalisierung beteiligen, waren schon vorher als Linksradikale, selbsterklärte Autonome, AnarchistInnen oder SozialistInnen aktiv in einem wie auch immer gearteten Kampf gegen das herrschende System. Daß sie nun plötzlich „nur noch“ als GlobalisierungsgegnerInnen wahrgenommen werden, wurmt natürlich, zumal sie eventuell mit Gruppen oder Personen in einen Topf geworfen werden, mit denen sie eigentlich nichts zu tun haben.

Dagegen einwenden ließe sich natürlich erst einmal, daß diese WiderständlerInnen doch froh sein sollten, endlich überhaupt medial wahrgenommen zu werden. Das Problem allerdings besteht darin, daß es diese sind, die von den Medien genutzt werden, um – im Gegensatz zu den „guten“ – die „bösen“ GlobalisierungsgegnerInnen darzustellen: Die „Krawalltouristen“, die „Terroristen“ etc.

Womit wir bei der ersten potentiellen Spaltungslinie wären: Der Frage der Gewalt.

Alle bisherigen Massenproteste, die es in die Medien geschafft haben, zeichneten sich durch irgendeine Art von Gewalt aus, ohne die sie wahrscheinlich gar nicht erst in die Medien gekommen wären. Das führt das Ganze ein wenig ad absurdum: Einerseits werden Medien, Politiker usw. nie müde, sich von der Gewalt zu distanzieren, andererseits aber wird die Kritik oder auch prinzipielle Gegnerschaft gar nicht erst als eine solche wahrgenommen, wenn keine Gewalt im Spiel ist.

Das Problem an dieser medialen Aufbauschung der Gewalt (gerne auch „Militanz“ genannt, obwohl das keineswegs das selbe sein muß!), ist, daß sich einige explizit gewaltfreie Gruppen von den Gewalttätigen distanzieren wollen – ein Anliegen, das in der Tat verständlich erscheint, aber letztendlich sind diese Gruppen auf eine mediale Propaganda hereingefallen. Wir halten es für extrem unwahrscheinlich, das Gruppen explizit auf Demonstrationen fahren, um Gewalt auszuüben. Gewissen Gruppen aber, und gerade jenen aus dem anarchistischen Spektrum, wird genau dieses vorgeworfen, da Anarchismus ja angeblich die Ideologie der Gewalt sei. Das Gegenteil aber ist der Fall.

Dennoch wird es sicherlich Einzelpersonen geben, die im Zweifelsfalle Gewalt ausüben. Das hat allerdings nichts damit zu tun, ob es sich um AnarchistInnen, KommunistInnen, ReformistInnen oder sogar ChristInnen handelt. Die Anwendung von Gewalt ist oftmals eine individuelle Entscheidung, die von einer Organisation nur schwer zu beeinflussen ist. Eine Organisation wie ATTAC, oder auch die FAU, kann nicht dafür garantieren, daß Mitglieder nicht zu gewalttätigen Mitteln greifen. Um so naiver ist es zu behaupten, die Gewalt sei immer nur „von anderen“ ausgegangen.

Diese Unkontrollierbarkeit von Gewalt hat einen Grund in der Eskalation von Staatsseite: Wenn eine Organisation sich offiziell ein Gewaltmonopol aneignet, so ist es eben der Staat. Oftmals ist die von den Medien angeprangerte Gewalt der Protestierenden nichts weiter als eine Verteidigung gegen diese.

Zu lernen hat die Antiglobalisierungsbewegung, was dieses Thema betrifft, von der Anti-Atom-Bewegung, die längst verstanden hat, daß sich durch die Gewaltvorwürfe ein Widerstand nicht spalten lassen darf.

Hinter dieser von den Medien kolportieren Spaltungslinie steckt jedoch eine andere, die durchaus, gerade was den globalisierten Kapitalismus betrifft, ernster zu nehmen ist: Es geht um die Frage, ob der Kapitalismus reformierbar ist oder schlicht und einfach überwunden werden muß. Christliche wie sozialdemokratische oder auch ökologische Gruppen verlangen nichts weiter, als einen Schuldenerlaß für die Staaten der „Dritten Welt“, eine „faire“ Marktwirtschaft, einen „humanitären“ Kapitalismus. Oftmals sind es diese Gruppen, die behaupten, die „anderen“, also jene, die das kapitalistische System, das sich momentan unter dem Euphemismus der „(sozialen oder freien) Marktwirtschaft“ versteckt, im Endeffekt abschaffen wollen, würden Gewalt anwenden, oder, wenn sie es nicht tun, dann wird ihnen diese Distanzierung angedichtet.

Die VertreterInnen des Staates und des Kapitals brauchen die Schere der angeblich verschiedenen Gewaltbereitschaft, um einen Widerstand gegen den globalen Kapitalismus in die Bahnen zu lenken, der ihnen kaum schadet. Die reformistischen GegnerInnen der Globalisierung kämpfen Rückzugskämpfe, sie können die Globalisierung nur verlangsamen, vielleicht gar einen Schritt zurückwerfen, damit sie danach zwei Schritte vorwärts tut, aber sie werden sie nicht stoppen. Daß sich dieses Ziel – ein Ende der ökonomischen Globalisierung und die Zerschlagung des Kapitalismus – utopisch anhört, ist verständlich, dennoch bleibt es unser Ziel.

Eine dritte Spaltungslinie gibt es, die da sein muß und die unseres Erachtens zu wenig beachtet wird: Die unbedingt nötige Spaltung zwischen Nationalstaatsverteidigern und GegnerInnen des Nationalstaats. Dieser Aspekt ist uns im Folgenden eine genauere Betrachtung wert.

„And we thought Nation States were a good Idea“...

(Propagandi)

Ein Engagement rechtsextremistischer Gruppen gegen die Globalisierung resultiert aus einer Angst vor dem Verlust des Nationalstaates, ihrem zentralen Identifikationsobjekt.

Auch linke Gruppen nehmen leider im Kampf gegen einen liberalisierten Welthandel zunehmend häufig nationalistische und staatstragende Positionen an.

In dieser von extrem Rechten, Konservativen und teilweise Linken geteilten Position ist die Befürchtung vom „Ende des Nationalstaates“ zu entdecken. Vergessen wird dabei häufig – gerade von Linken –, aus welchen Gründen welche Aspekte des Staates geschützt werden sollen und welche angegriffen werden. Wie schon erwähnt, griffen alle bisherigen bi- oder multilateralen Freihandelsverträge nicht den Nationalstaat als solchen an, sondern vielmehr seine soziale Komponente, also in einem Wort den Sozialstaat.

Der Nationalstaat im Gegensatz hierzu ist auch in Zeiten von Deregulierung und Liberalisierung notwendig für den globalen Handel: Sicherheitskräfte, wie etwa Polizei und Militär, sind durchaus als staatliche Institutionen erwünscht, würden ansonsten doch z.B. bei einem Castor-Transport durch die Bundesrepublik oder auch bei der Errichtung von Maquiladoras in einigen lateinamerikanischen Staaten erhebliche Mehrkosten auf Investoren oder Konzerne zukommen. Entsprechend wurden die Bereiche Militär und Innere Sicherheit von Handelsverträgen nie berührt. Der von der neoliberalen Ideologie geforderte „schlanke Staat“ ist ein starker Staat.

Schon seit Jahren läßt sich beobachten, daß rechtsextremistische Kräfte versuchen, traditionell sozialistische Themen und damit auch das Thema Globalisierung in Beschlag zu nehmen.

Wenn wir diesen Kampf aufnehmen, dann heißt das, einen Kampf für globale Gerechtigkeit zu führen, die konstruierten nationalen Unterschiede zunichte zu machen, um eine weltweite Umverteilung zu erreichen, die in diesem Wirtschaftssystem nicht möglich ist.

Die Rechtsextremisten haben anderes im Sinn: Nationale Marktwirtschaft statt internationaler, soziale Errungenschaften – ja, aber nur für „Deutsche“. Das heißt weiterhin Ausbeutung des größten Teils der Weltbevölkerung zugunsten einer national beschränkten Elite.

Das Allheilmittel gegen die soziale Ungerechtigkeit, die die Globalisierung mit sich bringt, ist in der Theorie der Rechten ein starker Nationalstaat. Es geht darum, den eigenen Staat gegenüber den anderen zu stärken.

Nicht gerade ein überzeugendes Argument, wenn wir uns tatsächlich auf diese Ebene begeben wollen und uns betrachten, welche Staaten als Sieger aus der Globalisierung hervorgehen. Dazu gehört Deutschland nämlich in jedem Fall. Arbeitslosen, Sozialhilfeabhängigen, RenterInnen und vielen anderen hilft dieser starke deutsche Staat aber wenig.

Der Trugschluß, dem die Rechten – und leider nicht sie alleine – unterliegen, ist der Aberglaube, die Politik der Globalisierung würde die Nationalstaaten zerschlagen und daher seien starke Nationalstaaten das geeignete Mittel, diese Entwicklung zu bekämpfen.

Wenn wir uns die Veränderung der Weltkarte mal betrachten, dann werden wir schnell feststellen, daß in den letzten Jahren mehr Nationalstaaten entstanden sind als zusammengebrochen. Der globalen Marktwirtschaft tut dies keinen Abbruch. Die angebliche Zerschlagung der Nationalstaaten ist nichts weiter als eine Neudefinition seiner Zwecke: Was zerschlagen wird, ist das Soziale im Staat, keineswegs der Staat als solcher. In seiner Form als Sicherheits- und autoritärer Staat mit Polizei, Überwachungsmaßnahmen und als militärische und auch krieglerisch agierende Macht, nimmt sein Einfluß zu. Die VerfechterInnen der Globalisierung sitzen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. Wie die multinationalen Konzerne von der Existenz der Nationalstaaten profitieren, so profitieren auch die sowieso schon viel zu starken Staaten (des Nordwestens) von der Existenz der globalisierten Marktwirtschaft.

Der Prozeß der Globalisierung findet in einer Abhängigkeit von den Nationalstaaten statt. Diese verändern durch den globalen Transformationsprozeß ihre Gestalt, sind in ihrer Existenz jedoch keineswegs bedroht.

Multinationale Konzerne oder gar Einzelpersonen für einen Globalisierungsprozeß verantwortlich zu machen, stellt eine verkürzte Kritik dar. Die Nationalstaaten sind aktive Akteure in diesem Prozeß.

Ein Aspekt des Globalisierungsprozesses ist das erwähnte Zunehmen nicht- und semistaatlicher internationaler Akteure. Dies bedeutet jedoch keinesfalls das Verschwinden des Nationalstaats als Akteur in der internationalen Politik. Durch seine Transformation in den „nationalen Wettbewerbsstaat“ erfährt er vielmehr eine neue wesentliche Bedeutung und damit auch ein erneuertes Gewicht als Akteur.

Mangels einer anderen Perspektive – Anarchismus ist ja nur Chaos und der Sozialismus gescheitert (beides stimmt nicht!) – berufen sich auch viele linke GlobalisierungsgegnerInnen auf den Nationalstaat als angeblichen Gegenpol zur neoliberalen Globalisierung. Es mag hingenommen werden und vielleicht sogar sinnvoll sein, Forderungen an die nationalen Regierungen zu stellen, da sie leider nun mal existieren und wahrscheinlich einfacher zu erreichen sind als die globalen Institutionen der Globalisierung – aber es darf nicht vergessen werden, daß diese Institutionen aus den angeblich von uns gewählten (eine andere Wahl geben sie uns nicht) Regierungen bestehen: Der Widerstand gegen Globalisierung, Staat und Kapitalismus ist im Endeffekt ein und derselbe, ob es gegen einen konkreten Staat, einen konkreten Konzern oder eine globale Institution geht; ob es um einen konkreten Arbeitskampf in Pusemuckl, einen lokalen Aufstand in einer Region des „Trikonts“ oder Proteste gegen die militärische Polizeigewalt bei einem globalen Gipfel geht.

Schlußbemerkung

Es scheint nötig, den Widerstand gegen die Globalisierung zum einen genauer zu spezifizieren und ihn zum anderen positiv zu fassen: Die Analyse des Begriffs „Globalisierung“ zu Beginn dieser Broschüre zeigt auf, daß durchaus nicht alle Aspekte der Globalisierung notwendigerweise einen negativen Charakter haben müssen. Der Widerstand richtet sich insbesondere gegen die ökonomische Komponente der Globalisierung, mit einem Begriff, dem globalisierten Kapitalismus. Positiv formuliert könnte sich der Widerstand gegen die ökonomische Globalisierung unter anderem als Bewegung für ein solidarisches Sozialsystem und einen intensiven Umweltschutz verstehen. Wir verstehen unseren Widerstand als eine Bewegung für den libertären Sozialismus.

Unsere Perspektive im Widerstand gegen die Globalisierung als ökonomischem Prozeß ist gewerkschaftlich orientiert. Alle Gewerkschaften sollten hier in die Pflicht genommen werden, wobei auf ihre Funktion hinsichtlich ihrer historischen Rolle verwiesen werden kann. Dies würde jedoch zwei wesentliche Strukturveränderungen bei den reformistischen Gewerkschaften voraussetzen, die sie mit aller Wahrscheinlichkeit nicht einmal erfüllen wollen. Zum einen ist dies eine Stärkung der Basis und, damit einhergehend, der lokalen Ebene gegenüber den bezahlten Funktionären und dem bürokratischen Verwaltungsapparat, zum anderen eine massiv verstärkte internationale Zusammenarbeit. Die Stärkung einer internationalen Zusammenarbeit kann zwar die Gründung einer internationalen Gewerkschaftsorganisation bedeuten, dadurch darf jedoch der Handlungsspielraum einzelner Gewerkschaften nicht reglementiert oder eingengt werden. Wichtig erscheint vor allen Dingen die spontane gemeinsame

Handlungsmöglichkeit, die internationale Kommunikations-strukturen voraussetzt, die auch die Basis mit einbeziehen. So verfahren wir als FAU innerhalb der IAA.

Folgen der ökonomischen Globalisierung wie vermehrte Scheinselbständigkeit, zunehmende Teilzeitarbeitsfirmen und prekäre Beschäftigung sind Themen, denen sich Gewerkschaften künftig verstärkt zuwenden sollten. Diese Themen gehören in das klassische Aufgabenfeld der Gewerkschaften.

In die reformistischen Gewerkschaftsstrukturen setzen wir jedoch nicht nur aus den oben genannten Gründen wenig Hoffnung, sondern auch, da sie sich der neoliberalen Ideologie bedingungslos unterordnen: Der Klassenkampf, ein Begriff, den sie nicht mehr erwähnen, wurde durch eine Sozialpartnerschaft ersetzt, Lohnkürzungen und andere Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus werden widerspruchslos hingenommen, Prekarisierung kaum thematisiert und die „new Economy“ sowie vermehrte Selbständigkeit, die zumeist eine Scheinselbständigkeit darstellt, werden von ihnen gefördert. Darum haben wir uns als FAU zu einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsinitiative zusammengetan, die nicht nur auf die prinzipielle Gegnerschaft zu den Arbeitgebern, sondern auch auf die Überwindung des Kapitalismus und des herrschenden Systems setzt.

Die vielzitierte internationale Solidarität kann nicht allein das Mittel in einem Widerstand gegen die Globalisierung sein. Die Fixierung auf Dritte, wie sie hier praktiziert wird, wie auch auf die medialen Großereignisse wie die Treffen in Seattle, Prag oder Davos, lenkt den Blick von konkreten Auswirkungen der Globalisierung im unmittelbaren Bereich. Bildungsreformen an Universitäten und Schulen, Veränderungen in Betrieben oder im kommunalen Bereich sind Aspekte des globalisierten Kapitalismus, die von den GlobalisierungsgegnerInnen oftmals nicht wahrgenommen werden.

Als FAU können und wollen wir uns angesichts des momentan überwiegenden Verständnisses eines Globalisierungswiderstandes, der den Kapitalismus reformieren und nicht abschaffen will, nicht als dessen Sperrspitze verstehen. Dennoch ist das, was allgemein hier kritisiert wird, konform mit unserer Kritik, darum ist es für uns als GegnerInnen des Kapitalismus und des Staates selbstverständlich, nichtsdestotrotz eine Rolle in diesem Widerstand zu übernehmen. Dies ist die Rolle des radikalen, nicht kompromißbereiten Globalisierungsgegners. Diese Rolle hat nichts mit dem Einsatz von Gewalt zu tun: Unsere Mittel sind die der Direkten Aktion, wie sie in dieser Broschüre beschrieben wurde. Daß wir uns auch darüber hinaus engagieren, kann uns niemand nehmen und wir hoffen, jenseits von Staats- und Kapitalismustoleranz, möglichst viele MitstreiterInnen bei uns zu haben, von denen wir uns nicht distanzieren werden.

Glossar

ADI – *Ausländische Direktinvestition(en)*

ATTAC – frz. *Action pour une Taxe Tobin d'Aide aux Citoyens*; dt. Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zur Unterstützung der BürgerInnen

BIAC – engl. *Business and Industry Advisory Committee*; dt. Beratender Ausschuß der Wirtschaft bei der OECD

BIP – *Bruttoinlandsprodukt*

DGB – *Deutscher Gewerkschaftsbund*

ERT – engl. *European Round Table of Industrialists*; dt. Europäischer Runder Tisch der Industriellen

EU – engl. *European Union*; dt. Europäische Union

EZLN – span. *Ejército Zapatista de Liberación Nacional*; dt. Zapatistische Befreiungsarmee Mexikos

FAU – *Freie ArbeiterInnen-Union*

FPZ – *Freie Produktionszone*

FTAA – engl. *Free Trade Area of the Americas*; dt. Freihandelszone der Amerikas

FZLN – span. *Frente Zapatista de Liberación Nacional*; dt. Zapatistische Befreiungsfront Mexikos

GATS – engl. *General Agreement on Trade in Services*; dt. Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen

GATT – engl. *General Agreement on Tariffs and Trade*; dt. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

IBFG – *Internationaler Bund Freier Gewerkschaften*

IBRD – engl. *International Bank for Reconstruction and Development*; dt. Internationale für Wiederaufbau und Entwicklung (Institution der Weltbank)

ICC – engl. *International Chamber of Commerce*; dt. Internationale Handelskammer

ICEM – engl. *International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers Union*

ICSID – engl. *International Centre for Settlement of Investment Disputes*; dt. Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (Institution der Weltbank)

IDA – engl. *International Development Association*; dt. Internationale Entwicklungsorganisation (Institution der Weltbank)

IFC – engl. *International Finance Cooperation*; dt. Internationale Finanzkooperation (Institution der Weltbank)

IGO – engl. *International Governmental Organization*; dt. Internationale Regierungsorganisation

ILO – engl. *International Labor Organization*; dt. Internationale Arbeitsorganisation

- INGO** – engl. *International Non Governmental Organization*; dt. Internationale Nichtregierungsorganisation
- ITO** – engl. *International Trade Organization*; dt. Internationale Handelsorganisation
- IWF** – *Internationaler Währungsfonds*; engl. IMF – International Monetary Fonds
- IWW** – *Industrial Workers of the World*; dt. Industriearbeiter der Welt
- LDC** – engl. *Less Developed Countries*; dt. weniger entwickelte Länder
- LLDC** – engl. *Least Development Countries*; dt. am wenigsten entwickelte Länder
- MAI** – engl. *Multilateral Agreement on Investments*; dt. Multilaterales Abkommen über Investitionen
- MIA** – engl. *Multilateral Investment Agreement*; dt. Multilaterales Investitionsabkommen
- MIGA** – engl. *Multilateral Investment Guarantee Agency*; dt. Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (Institution der Weltbank)
- MST** – port. *Movimento Sem Terra*; dt. Landlosenbewegung (in Brasilien)
- NAALC** – engl. *North American Agreement on Labor Cooperation*; dt. Nordamerikanisches Arbeitskooperations-Abkommen
- NAFTA** – engl. *North American Free Trade Agreement*; dt. Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
- NATO** – engl. *North Atlantic Treaty Organization*; dt. Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft
- OECD** – engl. *Organization for Economic Cooperation and Development*; dt. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- OEEC** – engl. *Organization for European Economic Cooperation*; dt. Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
- PAN** – span. *Partido Acción Nacional*; dt. Partei der Nationalen Aktion
- PGA** – engl. *Peoples' Global Action*
- PRI** – span. *Partido Revolucionario Institucional*; dt. Partei der institutionalisierten Revolution
- SAP** – engl. *Structural Adjustment Program*; dt. Strukturanpassungsprogramm
- TRIMs** – engl. *Trade Related Investment Measures*; dt. Abkommen über handelsrechtlich relevante Investitionsmaßnahmen
- TRIPs** – engl. *Trade Related Intellectual Property Rights*; dt. Abkommen über handelsrechtlich relevante Aspekte geistiger Eigentumsrechte
- TUAC** – engl. *Trade Union Advisory Committee*; dt. Gewerkschaftlicher Beratungsausschuß bei der OECD
- TWP** – *Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft*; engl. TEP – Transatlantic Economic Partnership
- UNCITRAL** – engl. *United Nations Commission on International Trade Law*; dt. Kommission der Vereinten Nationen für internationale Handelsgesetze
- UNO** – engl. *United Nations Organization*; dt. Vereinte Nationen
- USCIB** – engl. *US Council of International Business*; dt. US-amerikanischer Rat für internationale Wirtschaft

WTO – engl. *World Trade Organization*; dt. Welthandelsorganisation

Literaturhinweise

(eine Auswahl)

- Altvater, Elmar und Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 4., völlig überarbeitete Auflage, Münster 1999.
- Beyer-Arnesen, Harald: Direkte Aktion – Zum Verständnis eines Konzepts. In: Direkte Aktion. Anarchosyndikalistische Zeitung. Nr.143, Januar/Februar 2001. S.8 - 9.
- Bildungssyndikat Münster: Das WTO-Treffen in Seattle. Dokumentation des Widerstands. Münster o.J.
- Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer 2. Für eine europäische soziale Bewegung. Konstanz 2001.
- Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998.
- Bourdieu, Pierre: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main 1998.
- Boxberger, Gerald und Harald Klimenta: Die zehn Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes. München 1998
- Brand, Ulrich: Seattle et al.: Die Rehabilitation von Protest. Notwendig bleibt eine Radikalisierung der Staats- und Politikkritik. In: Papierkrieg. fzs-Rundbrief Mai 2001. Spezial Internationalismus. Bonn 2001. S.11 – 17.
- BUKO (Hrsg.): Köln gehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus. Hamburg 1999.
- Chomsky, Noam: Clintons Vision. „Freier Markt“ und Abschottung. Grafenau 1994.
- Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg/Wien 2000.
- DGB Bildungswerk e.V. (Hrsg.): Globalisierung – zwischen Mythos und veränderter Wirklichkeit. Düsseldorf 1998.
- Dietrich, Ben: Klassenfragmentierung im Postfordismus. geschlechterarbeitstrassismus-marginalisierung. Münster 1999.
- Esteva, Gustavo: Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1996.
- Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie. Wien 1997.
- Forrester, Viviane: Die Diktatur des Profits. München/Wien 2001.
- Glunk, Fritz R. (Hrsg.): Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen über Investitionen. München 1998.
- Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg.): Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft. Bremen 1989.
- gruppe demontage: Postfordistische Guerrilla. Vom Mythos nationaler Befreiung. Münster 1998.

- Hall, Stuart: Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: Ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg 1994. S.137 – 179.
- Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin 1995.
- Hirsch, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin 1998.
- Interupt (= Interim) Nr. 532. Sonderausgabe zum Genua-Gipfel. Berlin, 26.07.2001.
- iz3w-Sonderheft: Kuhhandel des Jahrtausends? Die „millenium round“ der Welthandelsorganisation WTO. November 1999. S.6 – 8.
- Kairos Europa e.V. und Weed: Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise – Hintergründe – Alternativen. Bonn 2000.
- Krebbers, Eric: ATTACs offene Flanke. Die VorkämpferInnen für die Tobin-Steuer. Gegner oder Stützen des Kapitalismus? In: Direkte Aktion. Anarchosyndikalistische Zeitung. Nr.145, Mai/Juni 2001. S.8 – 9.
- Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt a.M. 1999.
- Leibold, Stefan: Eine kurze Geschichte des Kapitalismus. Münster 1996.
- Loch, Dietmar und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in den westlichen Demokratien. Frankfurt am Main 2001.
- Melber, Henning: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Frankfurt a. M. 1992.
- Menzel, Ulrich: Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt am Main 1998.
- Mies, Maria und Claudia von Werlhof (Hrsg.): Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen MAI. Globalisierung und Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können. Hamburg 1998.
- Mies, Maria: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. 5. Auflage, Zürich 1996.
- Mittelstädt, Hanna und Lutz Schulenburg (Hrsg.): Der Wind der Veränderung. Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen. Kommentare und Dokumente. Hamburg 1997.
- Negri, Antonio u. a.: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion. Berlin 1998.
- Negri, Antonio: Empire – das höchste Stadium des Kapitalismus. In: Le Monde Diplomatique, Januar 2001. S.23.
- Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Bonn 1996.
- Plehwe, Dieter: Marktradikale Think Tanks und Stiftungen. International organisierte und institutionalisierte Diskursagglomeration als Kräfteaggregat der Neuen Rechten. In: Dossier: Alte und neue Rechte an den Hochschulen. S.VI – IX. In: Forum Wissenschaft Nr.1, 1998. S.I – XII.
- Roß, Jan: Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.? Frankfurt am Main 2000.
- Sandner, Paul und Michael Sommer: Banken, Kredite und die „Dritte Welt“. Band 1: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung. 4. Auflage, Stuttgart 1992.

- Sandner, Paul und Michael Sommer: Banken, Kredite und die „Dritte Welt“. Band 2: Südkorea, Argentinien, Tansania – Länderbeispiele. Stuttgart 1988.
- Sandner, Paul und Michael Sommer: IWF – Weltbank. Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die „Dritte Welt“? Stuttgart 1992.
- Schmidt, Gerold: Der Indio-Aufstand in Chiapas. Versuch einer demokratischen Revolution. München 1996.
- Schneider, Bernd: Globalisierung. Mythos und Macht eines Begriffes. Magisterarbeit am Institut für politische Wissenschaft der Universität Hannover, 1997/98 (unveröffentlicht).
- Simmen, Andreas (Hrsg.): Mexico. Aufstand in Chiapas. Berlin 1994.
- Subcomandante Marcos: Der Vierte Weltkrieg hat schon begonnen. In: Le Monde Diplomatique, August 1997, S.14 – 15.
- Topitas (Hrsg.): Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas. Hamburg 1994.
- WEED (Hrsg.): Schuldenreport 1999. Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Bonn 1999.
- WEED und Germanwatch (Hrsg.): Alles neu macht das MAI? Das Multilaterale Investitionsabkommen. Informationen, Hintergründe, Kritik. Bonn 1998.

Was ist die FAU/IAA?

Die Freie ArbeiterInnen Union ist eine dezentrale und basisdemokratische Gewerkschaftsinitiative. Unsere Ziele sind die des Anarchismus: Eine freie Gesellschaft ohne Staat, Kapitalismus, Rassismen, Patriarchat und andere Unterdrückungsformen. Unser Ansatz, dorthin zu kommen und eine solche Gesellschaft aufrechtzuerhalten, ist syndikalistisch (gewerkschaftlich): Wir organisieren uns vor Ort in den Bereichen, von denen wir tangiert sind: In autonomen Ortsgruppen, in denen wir unsere Interessen vor Ort durchsetzen können und in Branchenvereinigungen, um unsere Interessen in Betrieb, Schule, Universität o.ä. durchzusetzen.

Dabei verwenden wir das Mittel der „Direkten Aktion“, also z.B. Streik, Boykott, Besetzung u.ä. Die parlamentarische StellvertreterInnenpolitik, die machterhaltend und herrschaftsfördernd wirkt, lehnen wir ab. International sind wir in der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) organisiert.

In Münster erreichst Du uns unter folgender Adresse:

FAU/IAA OG Münster
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
(Plenum Di, 20.00)
faums@fau.org
www.fau.org/bsy/muenster





BILDUNGSSYNDIKAT

*Die **Bildungssyndikate** sind die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften für alle, die im Bereich der Bildung tätig sind, gleich ob lohnabhängig beschäftigt oder als Lernende.*

*Die Bildungssyndikate sind in der **Föderation der Bildungssyndikate** zusammengeschlossen und eine Branchengewerkschaft der **FAU-IAA**.*

Nähere Infos: www.fau.org/bsy

Lokale Kontakte:

Bildungssyndikat Berlin

Schreinerstraße 47, 10247 Berlin
 Treffen: 1. und 3. Mittwoch des Monats
 20 Uhr
 Rigaer Straße 83, 10247 Berlin
 Tel. 030/42089738
bsy-b@fau.org

Bildungssyndikat Bonn

c/o FAU-IAA, Wolfstr.10,
 53111 Bonn, Tel. 02289/637774
bsy-bn@fau.org

Bildungssyndikat Bremen

c/o Lokalföderation Bremen
 Am Schwarzen Meer 161
 28205 Bremen
bsy-hb@fau.org

Bildungssyndikat Düsseldorf

c/o A. Jour
 Brunnenstraße 5, 40223 Düsseldorf
 Treffen: Jeden 1. Sonntag im Monat um 18.00
 Uhr im Café Extra Live, Mindenerstr./ Markenstr. (Nähe Oberbilker Markt)

bsy-d@fau.org
www.free.de/asti/bildungssyndikatduesseldorf.htm

Kontaktstelle Hamburg

c/o FAU
Thadenstr. 118, 22767 Hamburg
bsy-ms@fau.org

Bildungssyndikat Münster

c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64, 48153 Münster
Treffen: jeden Dienstag 20.00 Uhr
bsy-ms@fau.org
www.fau.org/bsy/muenster